Die Zukunft.

Socialistische Revue.

Herausgegeben unter Mitwirkung von

Fr. von Barrenbach (Wien), A. Bebel, J. Ph. Becker (Genf), E. Bernstein, Louis Bertrand (Brüssel), W. Blos, W. Bracke, E. Bruck, Dr. K. Brunnemann, Dr. Ludw. Büchner, B. Collin (Basel), J. Dietzgen, Dr. A. Douai (Irvington, U. S.), Dr. A. Dulk, H. W. Fabian, L. Frankel (Budapest), A. Freeman (Wien), A. Geib, Br. Geiser, Dr. Gnocchi (Mailand), H. Greulich (Zürich), P. Grottkau (Chicago), Jules Guesde (Paris), W. Hasenclever, K. Hirsch, P. Lawroff (Paris), Dr. M. Lehn, W. Liebknecht, Jacquette Liljenkrantz (Kopenhagen), Dr. Bol. Limanowski (Lemberg), P. Lossau, C. Lübeck (Zürich), B. Malon (Lugano), Joh. Most, M. Neisser, Dr. de Paepe (Brüssel), Dr. Prowe, Dr. M. Ratkowsky (Wien), E. Reinthal (Graz), M. Rittinghausen, Reinh. Rüegg (Zürich), Ed. Sack, A. Scheu (Edinburgh), Max. Schlesinger, K. Schneidt, Dr. med. Stamm, Dr. Geo. Stiebeling (New-York), G. Vollmar, L. Viereck, Dr. F. Wiede (Zürich), J. Zuppinger (Baden, Schweiz).

Erster Jahrgang. **Heft 18.** 15. Juni 1878.

Inhaltsverzeichniß.

Die Wirthschafts-Commune 529
Replik 539
Die Baboeuvisten 540
Die Kirche im Zukunftsstaat 549
Zur wirthschaftlichen Krisis. III. 560
Recensionen 562
(Dr. Karl Bücher: Die gewerbliche Bildungsfrage und der industrielle Rückgang; Derf.: Lehrlingsfrage und gewerbliche Bildung in Frankreich. — Emile Acollas: Philosophie de la Science politique. — Ubaldo R. Quinones: Teoria revolucionaria etc.; Ders.: La education moral de la mujer.

Berlin SO., 1878.

Verlag der Allgemeinen Deutschen Associations-Buchdruckerei
(Eingetragene Genossenschaft)
Kaiser Franz-Grenadier-Platz 8a.

Einzelne Nummern der „Zukunft" kosten 30 Pf.

Die Wirthschafts-Commune.

Der Mensch ist — nach Aristoteles — ein politisches Geschöpf. Man würde aber sehr fehlgreifen, wenn man das Wort „politisch" in dem heutigen Sinne nehmen und die jetzt darunter verstandene Eigenschaft dem Menschen als besondere Eigenthümlichkeit zusprechen wollte.

Der politische Mensch im heutigen Sinne bethätigt diese seine besondere Eigenthümlichkeit durch Theilnahme an den Wahlen, und wenn er das Glück oder Unglück hat, gewählt zu werden, durch Reden und Abstimmungen in den gesetzgebenden Versammlungen.

So ist das Aristotelische Wort nicht zu verstehen. Im alten Griechenland bildete die Polis, die Stadt, eine mehr oder weniger weit ausgedehnte Interessengemeinschaft. Schutz nach Außen, gemeinsame Verwaltung der Gesammt-Interessen im Innern, das war das Band, durch welches die Gemeindebürger zusammengehalten wurden.

Wie die Familie als die Zelle des gesellschaftlichen Organismus erscheint, so bildet die Gemeinde die einfachste, aber nach allen Richtungen erweiterungs- und vervollkommnungsfähige Form dieses Organismus. Gemeinsames Interesse ist es, was die Menschen zu Gemeinden zusammengeführt hat; gemeinsames Interesse verleiht diesen Gemeinden eine Widerstandsfähigkeit, die den bestehenden größeren Gesellschaftskörpern abgeht. Selbstverständlich ist hier mehr von passiver, als von activer Widerstandsfähigkeit die Rede.

Giebt die größere Zahl der streitbaren Männer, die durch größere materielle Mittel bedingte bessere Bewaffnung und Ausbildung der Kriegsmacht einem Staate mehr Macht zum Angriff und zur Abwehr, so sind doch die Gemeinden viel mehr in der Lage, ihre Existenz selbst den größten staatlichen Umwälzungen gegenüber zu behaupten.

Königreiche zerfallen, Dynastien entstehen und vergehen, ganze Provinzen werden aus dem Jahrhunderte langen Verbande gerissen und mit neuen Staatsgebilden vereinigt — die Gemeinde bleibt in der Regel bestehen.

„Die fremden Eroberer kommen und geh'n;
Wir gehorchen, aber wir bleiben steh'n."

Der Mensch ist also ein gemeindenbildendes Geschöpf.

Freilich ist das in der neuesten Zeit auch schon nicht mehr ganz zutreffend. Nachdem der Liberalismus das Eigeninteresse als höchsten und berechtigsten Factor im wirthschaftlichen Leben anerkannt und heilig gesprochen, nachdem der Staat alle altbestandenen Organisationen aufgelöst hat und das Individuum für ihn nur noch als Militärpflichtiger, als Steuerzahler oder als Wähler existirt, nachdem die Atomisirung der Gesellschaft bis auf den heutigen Höhepunct gestiegen ist, fängt auch die uralte Interessen-Gemeinde an, sich zu zersetzen.

Die Bauern, deren Vorfahren seit mehr als tausend Jahren in den enggeschlossenen

Dörfern um den meist künstlich gegrabenen Dorfteich herum gewohnt haben, verlassen das Dorf und bauen sich ein neues Gehöft in die Mitte ihres, durch die Separation aus dem Gemeinde-Verbande herausgeschälten und zusammengelegten Ackers. Wenn der staatliche Zwang zur Leistung von gewissen Abgaben für die Zwecke der Gemeinde nicht bestände, würden sich viele Grundbesitzer von all' und jeder Gemeinschaft mit den übrigen Gemeindegliedern frei machen und sich nur noch als Staatsbürger betrachten.

Auch in den Städten, namentlich in den Industriestädten, begegnet man einem derartigen centrifugalen Streben. Der Fabrikbesitzer findet es häufig vortheilhaft, seine Fabrik aus der Stadt auf das Land hinaus zu verlegen; dort bietet der billigere Baugrund, die billigeren Wohnungsmiethen, welche die Arbeiter zu zahlen haben, und die hierdurch ermöglichten geringeren Löhne einen pecuniären Ersatz für den Umbau der Fabrik, der durch geringere Gemeinde-Abgaben oft noch in einen bedeutenden Vortheil für das Geschäft umschlägt.

Warum sollten denn die Leute auch an der Gemeinde hängen, wenn ihnen dieselbe nicht durch besondere Interessen an das Herz gewachsen ist? Steuern zahlen müssen sie überall; die Polizei, die Rechtspflege, die Organisation der Schule und die Art und Weise des Unterrichts handhabt der Staat überall gleichmäßig; der Gemeindebürger pfropft sich jetzt auf den Staatsbürger auf, denn man muß ja zumeist erst in den Unterthanen-Verband aufgenommen sein, ehe man Gemeinde-Bürger werden, die Gemeinde-Bürgerrechte ausüben kann.

Der Zug der Zeit geht auf Centralisation zu größeren Staatswesen. Die Kleinstaaten verschwinden mehr und mehr oder verlieren doch ihre politische Selbstständigkeit, gerade so, wie die Städte sie nach und nach verloren haben. Man bildet sich ein, von einem Puncte aus Alles reglementiren, organisiren und verwalten zu können, möchte die bestehenden natürlichen und wirthschaftlichen Unterschiede zu Gunsten der schablonenhaften Einheit und Einerleiheit aus der Welt schaffen. Eine Städte-Ordnung für alle Städte, eine Gemeinde-Ordnung für alle Landgemeinden, eine Kreis-, eine Provinzial-Ordnung für alle Provinzen — so lautet die herrschende Parole!

Auch im Socialismus macht sich vielfach ein, meines Erachtens übertriebenes Centralisirungs-Bestreben geltend. Weil der Großbetrieb das Kapital in wenigen Händen concentrirt, weil ihm gegenüber das Handwerk allmählich zum Lohnarbeiterthum herabsinkt, weil die Masse des besitzlosen Proletariats, sobald politische Macht von dem vierten Stande errungen worden ist, die wenigen Millionäre leichter expropriiren kann, als die noch nach Zehntausenden zählenden heutigen Fabrikanten, deshalb glauben Viele, der Socialismus habe alle seine Bestrebungen einzig und allein auf Erringung der politischen Macht zu concentriren.

„Trachtet am Ersten nach dem Reich und der Macht, dann wird Euch alles Andere von selbst zufallen", denken diese Genossen, welche sich gar keine Sorge darüber machen, wie denn die Organisation eigentlich vor sich gehen, wie sie vernünftiger Weise geregelt werden soll. Das soll sich Alles ganz von selbst machen.

Wer in dem Socialismus eine mit Nothwendigkeit eintretende geschichtliche Entwickelungsphase der Menschheit sieht, wer den Begriff der Entwickelung in dem Sinne auffaßt, daß Pallas Athene nicht aus dem Haupte Jupiters fix und fertig hervorspringen kann, sondern sich allmälig aus dem Embryo unter beständigem Wachsen organisch bis zur fertigen Gestalt heranbilden muß, der wird auch nicht in Zweifel sein, daß der Socialismus gewisse Vorstadien durchlaufen muß,

ehe er seine wirthschaftlichen Reformen in's Leben rufen kann.

Die französische Revolution konnte alle Vorrechte mit einem Schlage aufheben; ihr lag nur ob, den Feudalbesitz zu zerschlagen und dem bisherigen Leibeigenen ein Stück Land als Eigenthum zuzuweisen, auf dem er für eigene Rechnung in altgewohnter Weise ackern, säen und ernten konnte; die französische Revolution zertrümmerte nur und überließ es den aus der allgemeinen Zerstörung der Feudal-Institutionen sich ergebenden Gesellschafts-Atomen, wie sie sich wirthschaftlich einrichten und bewegen wollten.

Die Aufgabe, welche sich der Socialismus gestellt hat und stellen muß, ist eine viel schwierigere. Hier gilt es, die Gesellschafts-Atome wieder zu organischen Gemeinschaften zu verbinden, die centrifugalen Bestrebungen zu paralysiren und für die widerstreitenden Interessen eine diese Interessen versöhnende und ausgleichende Organisation zu schaffen.

Wohl kann man sich denken, daß der Socialismus mit der Zeit alle seine naturgemäßen Anhänger zu einer compacten Masse zu organisiren und mit dieser überwältigenden Majorität die ganze bestehende Staatsorganisation an einem schönen Vormittage über den Haufen zu werfen im Stande sein wird; es gehört doch aber schon ein gut Stück bergeversetzenden Glaubens dazu, wenn man annehmen wollte, daß dann auch sofort ein Moses — sei es in der Gestalt eines einzelnen Mannes oder in der Form eines gewählten Parlaments — erstehen werde, der die Kraft, Intelligenz und Fähigkeit besitzen wird, das Volk in das gelobte Land des Communismus zu führen. Aber auch einem Moses war diese Ueberführung erst nach einer langen Wüstenwanderung möglich; sicherlich würde die Umformung der bestehenden kapitalistischen in die communistische Productionsweise dem Weg durch die Wüste gleichen, wenn der Weg nicht schon vorher erkundet und geebnet ist.

Wer inmitten der Arbeiter-Bevölkerung lebt, ihre freudige Hingabe an die Idee, ihre Disciplin und freiwillige Unterordnung unter die selbstgewählten Führer kennt, der glaubt gar zu leicht, daß es nur des guten Willens bedürfe, um diese Massen auch nach einer etwaigen siegreichen Revolution durch einfache Decrete bei der Arbeit lenken und leiten zu können.

Mit dem guten Willen allein ist aber bei der Production, der Verwaltung und Organisation gar nichts auszurichten; neben der eingehendsten Geschäfts- und Menschenkenntniß gehört schon jetzt ein großartiges Organisations-Talent dazu, einen verschiedene Productionszweige zu gleicher Zeit umfassenden Betrieb in Gang zu bringen und in Gang zu erhalten. Wie verschwindend klein sind aber nicht die größten bestehenden Fabrik-Etablissements im Vergleich zu dem geplanten communistischen Staatsbetrieb! Wer sich in dieser Beziehung dem blinden Vertrauen hingiebt, daß sich das Alles ganz von selbst finden und machen werde, braucht nur an die vielen Fehler zu denken, die fast bei jedem genossenschaftlich organisirten Unternehmen zuerst gemacht werden, der braucht nur an die colossalen Mißgriffe zu denken, welche bei der Wahl der leitenden Personen zuerst fast unausbleiblich sind, um zu der Ueberzeugung zu gelangen, daß ein Staatsbetrieb, von dessen richtiger und zweckentsprechender Leitung die Versorgung Aller mit den nothwendigsten Genußmitteln abhängt, zu solchen Experimenten und Versuchen nicht schreiten darf, da ja jeder im Großen fühlbare Mißerfolg sofort dem System oder den obenstehenden Leitern in die Schuhe geschoben werden würde.

Die unausbleibliche Folge wäre allgemeine Unzufriedenheit, Wechsel der leitenden Personen und damit auch des eingeschlagenen Organisationsplanes, neue Versuche, neue Mißerfolge!

Ganz anders würde sich aber meines Erachtens die Umformung gestalten, wenn gewisse Organisationen vorhanden sind, an denen man schon gelernt hat, wie die centralisirte Production und Vertheilung zu leiten ist. Denn es kommt viel weniger darauf an, in welcher Weise jede einzelne Productionsbranche betrieben wird, als darauf, daß die volkswirthschaftliche Maschinerie überhaupt nicht in's Stocken geräth, daß planmäßig für den Bedarf producirt wird.

Das geschieht aber bei keinem einzigen Privat-Unternehmen, weil kein derartiges Unternehmen monopolisirt ist. Daher ist es für die Durchführuug des communistischen Staates durchaus nicht so unwesentlich, ob schon Staats-Monopole bestehen, als man das in totaler Verkennung der Verhältnisse häufig hinzustellen geneigt ist. Bei jedem Staats-Monopol wird dem vorhandenen und zu erwartenden Bedürfnisse mehr oder minder Rechnung getragen; der Erforschung dieses Bedürfnisses widmet man selbstverständlich heutzutage noch lange nicht genügende Sorgfalt, schon deshalb nicht, weil die heutigen Staaten bei der Production genau so verfahren, wie die Privatleute, und weniger die Befriedigung des Bedarfs als die Erzielung von Reingewinn im Auge haben.

Eine planmäßige Production zur Befriedigung des Bedarfs kann nun bei sehr vielen Producten wirthschaftlich gar nicht von einer Centralstelle aus dirigirt werden. Die Bedürfnisse der Bevölkerung eines größeren Gemeinwesens sind nach der örtlichen Lage, nach Sitten und Gewohnheiten verschieden und richten sich sehr häufig nach den in den betreffenden Gegenden besonders gut gedeihenden Producten der Landwirthschaft. Man kann diesen Satz auch umkehren und sagen, die vorhandenen Producte haben das Bedürfniß nach ihnen erzeugt. Der Ostpreuße dankt bestens für den sauren Wein und den Salat des Rheinländers und verzehrt mit Vorliebe die grauen Erbsen, von denen der Rheinländer nichts wissen will.

Ist es vernünftiger Weise denkbar, daß von einer Centralstelle aus Bestimmung über den Anbau der grauen Erbsen in Ostpreußen, des Weins und des Salats in der Rheinprovinz getroffen und ebenso über die Art der Vertheilung dieser Genußmittel disponirt werden kann? Selbst der enragirteste Centralist wird an diesem ganz trivialen Beispiele sehen, daß sich die Centralisation nicht stricte durchführen läßt, daß es eine große Zahl von Productionszweigen giebt, welche in einem großen Staate nicht einheitlich organisirt werden können.

Aehnliche, wenn auch nicht so schroff zu Tage tretende Unterschiede finden sich aber auch innerhalb jeder Provinz, ja innerhalb jedes Kreises. Den in der Nähe fischreicher Seen wohnenden Menschen ist der Genuß von Fischen zu einem förmlichen Bedürfniß geworden, welches sie leicht befriedigen können, während es im Binnenlande Tausende von Familien giebt, bei denen jahraus jahrein niemals ein Gericht Fische auf den Tisch kommt, und die den Genuß von Fischen gar nicht entbehren.

Wollte man hier von irgend einer Centralstelle aus bestimmen, wie der an und für sich nie vorher mit Sicherheit festzustellende Ertrag der Fischer-Arbeit unter die Bewohner eines größeren Landstrichs vertheilt werden solle, so würde das ebenso vernunftwidrig sein, als die vorgedachte Verfügung über die grauen Erbsen und den Salat!

Ein anderes Beispiel! Eine Gemeinde deckt ihren ganzen Bedarf an Brennmaterial aus einem in der Gemarkung befindlichen Torfmoor; einige Meilen davon brennt man Kiefernholz aus dem dicht dabei liegenden Walde; wieder einige Meilen weiter ist eine Braunkohlengrube in Betrieb und Braunkohle das billigste und bequemste Brennmaterial.

Ist es denkbar, daß man bei so verschiedenen Verhältnissen von irgend einer Centralstelle aus reglementirend und organisirend in die von der Natur vorgeschriebene Production und Consumtion eingreifen kann? Wird nicht in all' diesen und tausend anderen Fällen die Bestimmung über Production, Vertheilung und Consumtion dem kleineren, natürlichsten Wirthschaftskörper, der Gemeinde, überlassen bleiben müssen?

Bei anderen Producten stellt sich die Sache gerade umgekehrt.

Der Bedarf an Eisen muß für die ganze Gesellschaft gedeckt werden; es giebt aber nur gewisse Gegenden, ja gewisse scharf begrenzte kleine Bezirke, in welchen das Roheisen bergmännisch gewonnen werden kann. Die Weiterverarbeitung in den Hochöfen ꝛc. kann freilich an verschiedenen Stellen mit Erfolg betrieben werden, immerhin werden hier einzelne durch die Natur und die bestehenden Einrichtungen, wie z. B. Schienen- und Wasserstraßen, bestimmte Orte ganz besonders geeignet zur wirthschaftlich vortheilhaftesten Production von Eisen erscheinen.

In diesem Falle wäre es thöricht, wenn die organisirte Gesellschaft es dem Belieben der zufällig dort existirenden Gemeinde überlassen wollte, ob und wie viel Eisen sie zu produciren geneigt wäre. Hier würde naturgemäß im Interesse der Gesammtheit nicht der Gemeinde, auch nicht einmal einer größeren Wirthschaftsgemeinschaft oder Unter-Abtheilung des Staats das Recht eingeräumt werden können, Entscheidung über die Art und Menge der herzustellenden Producte zu treffen. Diese Entscheidung würde unbedingt einer Centralstelle vorbehalten bleiben müssen, und den von dieser Stelle aus getroffenen Bestimmungen würde sich jede Gemeinde zu fügen haben, eventuell wäre in solchem Fall der staatliche Zwang nicht nur berechtigt, sondern sogar nothwendig.

Ich rede hier vom Zwang gegen die Gemeinde, nicht vom Zwang gegen die einzelnen Individuen. Dieser Zwang ist durchaus nichts Neues, Unerhörtes; ertheilen doch schon die bestehenden Regierungen Muthungs- und Schurfscheine, auf Grund derer jeder Grundbesitzer verpflichtet ist, Bohrungen zu bergmännischen Zwecken und die Anlage von Bergwerken auf seinem Grund und Boden zu gestatten.

An den vorgeführten Beispielen zeigt sich wohl klar, daß die Leitung der Production und der Vertheilung nicht schablonenmäßig organisirt werden kann, sich vielmehr den Verhältnissen anpassen muß. Mir lag daran, diese verschiedenen Verhältnisse in ihren äußersten Extremen zu demonstriren. Bei näherer Betrachtung stellt sich nun heraus, daß es eine ganze Reihe von Gütern giebt, deren Production in Folge der Art und Weise, in welcher der Rohstoff gewonnen und weiter verarbeitet wird, aus wirthschaftlichen Gründen weder dem Staat noch der Gemeinde, sondern einem Zwischen-Organismus übertragen werden muß.

Dieser vermittelnde Factor wird naturgemäß in einem Verbande mehrerer oder vieler Wirthschaftsgemeinden zu suchen sein, wie ja schon jetzt den Kreisen und Provinzen des Staates gewisse wirthschaftliche Aufgaben zufallen, deren Lösung die Kräfte der einzelnen Gemeinde übersteigen, diejenigen des Staates aber mit unnützer Arbeit überlasten würden.

Denke man, um ein zutreffendes Beispiel zu wählen, an das zu unserem Schuhwerk, zu dem Geschirr der Pferde und zu hundert anderen wirthschaftlichen Zwecken nöthige Leder. Wo ein Thier geschlachtet wird oder verendet, dessen Fell zu Leder verarbeitet werden kann, wird dieses Fell abgezogen; die kleinsten Gemeinden sind also ebenso gut Productionsstätten für den Rohstoff, wie die großen Städte, woselbst in Folge des stärkeren Fleischconsums der zahlreichen Einwohner

eine größere Menge von Vieh geschlachtet wird. Es wäre doch wirthschaftlich ebenso falsch, in jeder Gemeinde eine Gerberei zu errichten, wie alle Felle nach einer einzigen Gerberei zu transportiren, sie dort zu verarbeiten und von da aus die Vertheilung des Leders an die verschiedenen Industriestätten, welchen die Weiterverarbeitung dieses Halbfabricates obliegt, zu bewirken.

Die Zahl der im Laufe des Jahres disponibel werdenden Felle, die Communications- und Transport-Gelegenheiten und die Zahl der für Anlegung von Gerbereien besonders passenden Localitäten werden hier für die Bestimmung der Größe eines Industrie-Bezirks maßgebend sein; nach diesen Verhältnissen wird sich bestimmen lassen, ein wie großer und wie begrenzter Bezirk für eine in ihm zu errichtende Gerberei das Rohmaterial liefern und von ihr seinen Bedarf an fertigem Leder beziehen kann.

Auch heute hat die Gerberei sich nicht vollständig concentrirt, die angeführten localen Ursachen wirken auch jetzt, wenn auch nicht durchschlagend, ein; bei rationell den Verhältnissen der Production des Rohmaterials und dem Verbrauch des Fabricats angepaßtem Betriebe wird es aber wirthschaftlich richtig sein, gewissen Industrien abgegrenzte Bezirke zu überweisen.

Man kann über die Detailfragen sehr verschiedener Meinung sein, in dem einen Puncte wird vernünftiger Weise keine Meinungsverschiedenheit bestehen, daß nämlich die Organisation der Volkswirthschaft dem Gesetz der Wirthschaftlichkeit entsprechen muß, daß es also ihre Aufgabe ist, in der Production mit geringstem Aufwand von Arbeit, Arbeitsmitteln und Rohstoffen möglichst viel Genußmittel herzustellen, in der Vertheilung die erzeugten Güter mit dem geringsten Arbeitsaufwand und unter Vermeidung alles unnöthigen Transportes den sie begehrenden Consumenten zugänglich zu machen.

Denn nur unter strengster Berücksichtigung dieses wirthschaftlichen Gesetzes kann es gelingen, die reichliche Versorgung Aller mit Genußmitteln durchzusetzen und doch jedem Einzelnen so viele freie Zeit zu lassen, daß er im Stande ist, „den Geist zu bilden und die Geschäfte des Staats zu besorgen".

Der Bedarf ist es, der uns zur Herstellung von Genußmitteln, von ökonomischen Gütern veranlaßt. Der Bedarf ist aus localen, klimatischen und in Sitte und Gewohnheit beruhenden Ursachen verschieden. Diesen Bedarf gilt es möglichst genau zu erkunden, um nach dem sich bei der Untersuchung herausstellenden Resultat die Production zu organisiren. Naturgemäß wird der Bedarf aller in einer Gemeinde lebenden Menschen als eine besonders zu berücksichtigende Einheit angesehen werden müssen, da ja die zur Befriedigung dieses Bedarfs nothwendigen Güter bei der Vertheilung nach dem betreffenden Orte hingeschafft werden müssen.

Wer zum Markte geht, muß die Transportkosten tragen, sagt Carey — und: die Mühle soll zur Vermeidung unnützer Transportkosten neben dem Weizenfelde stehen.

Was irgend eine Wirthschafts-Gemeinde zur Deckung ihres Bedarfs selbst produciren kann, wird sie vernünftigerweise so lange selbst produciren, als sie den Gegenstand nicht trotz der entstehenden Transportkosten von Außerhalb billiger beziehen kann. Tritt letzterer Fall ein, so ist es wirthschaftlich richtig, sich auf diejenigen Productionen zu beschränken, zu denen die Gemeinde durch locale oder andere Ursachen besonders geeignet erscheint.

Man braucht nur den Ad. Smith'schen Beweis für die Nothwendigkeit des Freihandels auf den Verkehr der einzelnen Wirthschafts-Gemeinden zu übertragen, um

sofort einzusehen, daß die Smith'schen Gründe durchaus zutreffend sind; natürlich mit einer Modification in Rücksicht auf das bestehende, Zins und Rente fordernde Privat-Eigenthum.

Das jährliche Einkommen jeder Gesellschaft ist stets dem Tauschwerth aller einzelnen jährlichen Erzeugnisse gleich, d. h. je mehr Genußmittel jede Gesellschaft herstellt, um so reichlicher hat sie zu leben. Kann man durch Tausch mit einem Aufwand von 10 Arbeitsstunden einen Gegenstand von Auswärts beziehen, dessen Herstellung an Ort und Stelle 12 Arbeitsstunden erfordert, so wird man die Production desselben einstellen und lieber jenen anderen Artikel erzeugen, den man in 10 Arbeitsstunden fertig stellen und für den von Außerhalb zu beziehenden hingeben kann.

Das eigene Interesse wird also jede Wirthschafts-Gemeinde von selbst veranlassen, sich nur auf Productionen zu legen, welche nach den localen Verhältnissen gerade dort besonders viel Product mit möglichst wenig Arbeit liefern. Fällt doch der Arbeitsertrag den Gemeindegliedern ohne einen Abzug für Zins und Rente als Einkommen zu; je größer also der Tauschwerth der erzeugten Güter, um so größer ist das Einkommen jedes Einzelnen, da sie ja für alle nicht dem eigenen Consum dienenden Güter andere Genußmittel einzutauschen im Stande sind.

Bilden die durch gewisse gemeinsame Interessen zusammengehörigen Gemeinden eine Art von Consum- und Productiv-Verband in der Weise, daß sie ihre überschüssigen Producte einer gemeinsamen Centralstelle zur Verfügung zu stellen und dafür ihren Bedarf an allen anderen Gütern von eben dieser Stelle beziehen, so ist mit dieser Centralstelle auch die Behörde geschaffen, welcher naturgemäß die Leitung derjenigen Productionszweige anheimgestellt werden muß, welche, wie die Gerberei, für gewisse Bezirke organisirt werden können und im Interesse der Wirthschaftlichkeit auch bezirksweise organisirt werden müssen.

Denkt man sich einen solchen Verband aus einer größeren oder geringeren Zahl von Gemeinden zusammengesetzt, und zwar nicht nach der bestehenden politischen Eintheilung abgegrenzt, sondern durch gemeinsame wirthschaftliche Interessen verbunden, also etwa in einem Umfange zusammengelegt, der den Verkehr der einzelnen Gemeinde mit der Centralstelle und untereinander möglichst erleichtert, so daß der Transport aller mehr oder minder regelmäßig zu beziehenden und abzuliefernden Producte möglichst erleichtert wird; denkt man sich, daß die Zahl der Gemeinden und die Zahl der Gesammt-Einwohner bei Eintheilung und Zusammenlegung dieser Gemeinden aus Gründen der Production, Vertheilung und Consumtion berücksichtigt wird, so leuchtet sofort ein, daß die Organisation der für diesen Verein selbstständig zu treibenden Production nicht mehr Schwierigkeiten verursachen kann, als heute die Verpflegung eines zum Manöver zusammengezogenen Armeecorps.

Die Bezirks-Centralstelle kennt den Gesammt-Bedarf, sie kennt den Gesammt-Vorrath, sie kann den Austausch der Producte von Gemeinde zu Gemeinde mit dem geringsten Arbeitsaufwand, mit den geringsten Transportkosten bewerkstelligen; sie kann den Ueberschuß der Producte des Bezirks einer anderen, alle Bezirke des Staates repräsentirenden Centralstelle zur Disposition stellen und dafür die Waaren beziehen, welche nicht im eigenen Bezirk producirt werden.

Diese oberste Centralstelle vermag wieder den Verkehr der Provinzial-Verbände untereinander zu leiten, den Austausch der Producte zu organisiren und den Export nach, wie den Import aus dem Auslande rationell zu betreiben.

Somit wäre ein Bild gegeben, wie sich auf Grund der Wirthschafts-Gemeinde der

sociale Staat aufbauen und den Austausch der Producte mit Leichtigkeit reguliren kann.

Die Bestimmung, an welchem Platz, mit welchen Mitteln und unter welchen Bedingungen diejenigen Güter hergestellt werden sollen, deren Production aus wirthschaftlichen Gründen nicht den einzelnen Gemeinden überlassen bleibt, muß selbstverständlich den Centralbehörden anheimfallen. Es wäre thöricht, wenn man eine derartige Behörde nach der Schablone der heutigen Volksvertretungen organisiren wollte. Jetzt bestimmen Advocaten, Kaufleute, Landwirthe, Zeitungsschreiber und Beamte, wie die Gewerbeordnung lauten soll; über wirthschaftlich technische Fragen können vernünftiger Weise nur technisch ausgebildete Männer entscheiden. Daher wird und muß neben der Organisation der Wirthschafts-Gemeinden noch eine Organisation der verschiedenen Gewerke bestehen, die man sich zwar nicht nach der Zwangsschablone der alten Zünfte zugeschnitten zu denken braucht, die aber immerhin eine festgegliederte Kette bilden muß, aus welcher die Leiter der Gesammt- und Detail-Production des betreffenden Gewerkes in den Gemeinden, Bezirken und im Staate hervorgehen.

Solche Männer, durch das wohlerworbene Vertrauen ihrer Gewerks- und Standesgenossen an die Spitze der betreffenden Productionsbranche gestellt, mit der Organisation, der Leitung und Verbesserung der Production betraut, dürften den wichtigen, ihnen übertragenen Functionen gewiß gewachsen sein, zumal sie mit den erfahrensten Leitern aller anderen Productionsbranchen zusammen arbeiten müssen und kein Interesse an der Ausbeutung der Arbeiter oder in der Niederdrückung von Concurrenten haben, ihnen auch ebenso wenig wie allen Anderen eine Ansammlung von zinstragenden Kapitalien möglich gemacht ist.

So sicher, wie die Zunftmeister der alten Städte den ganzen Bedarf aller Menschen innerhalb ihrer Zwangs- und Bannmeilen zu berechnen und zu befriedigen vermochten, ebenso sicher würden solche Gewerks-Obermeister die Production ihrer Bezirke wirthschaftlich zu leiten und dem Bedarf anzupassen verstehen. Sie würden auch im Stande sein, zu entscheiden, ob und an welchem Orte irgend ein Industriezweig event. selbst gegen den Willen einer Wirthschafts-Gemeinde eingerichtet und in Betrieb erhalten werden müßte, um mit möglichst geringem Arbeitsaufwand möglichst viel Product zu erzielen.

Die in solcher Weise genossenschaftlich organisirten Gewerke würden durch ihre, in den verschiedenen Gemeinden vertheilten Mitglieder eine Körperschaft bilden, welche alle Vortheile der alten Zünfte gewährte, ohne daß die Nachtheile zu Tage zu treten brauchten. Der Lehrling kann sein Handwerk an dem passendsten Platz erlernen, der Geselle zu seiner weiteren Ausbildung nach den verschiedensten Productionsstätten dirigirt werden und dem Meister steht in reiferen Jahren die Leitung irgend einer Productionsstätte in sicherer Aussicht, so daß sich innerhalb jeder Productionsbranche eine auf Kenntniß und Geschäftstüchtigkeit basirende Stufenleiter bildet, deren Ersteigung jedem Befähigten ermöglicht ist.

Eine derartige Organisation trägt der freien Berufswahl weit mehr Rechnung, als das heute bei unserer planlosen Production der Fall ist; sie ermöglicht es, daß in jeder einzelnen Gemeinde dem Bedarf entsprechend producirt wird und daß Qualität und Quantität der Producte einer Aufsicht von besonders qualificirten Personen unterworfen ist. Sie entzieht das Eigenthumsrecht an den Productionsmitteln und an den Producten den Arbeitern wie den Arbeiter-Genossenschaften und überweist dies Eigenthum den Wirthschafts-Gemeinden, ermöglicht dadurch also eine der Arbeitsleistung ungefähr entsprechende Besoldung, da ja der

Tauschverkehr nicht zwischen den Productiv-Associationen, sondern zwischen den Wirthschafts-Gemeinden stattfindet und dadurch der materiell bevorzugten Stellung irgend einer Arbeitsthätigkeit mehr oder minder vorgebeugt werden kann.

Die Ueberweisung der fertiggestellten Producte in das Eigenthum der Gemeinden schafft unzweifelhaft ein Monopol für solche Gemeinden, in denen die Productivität der Arbeit durch den Naturfactor besonders vermehrt wird.

Wenn zur Deckung des gesellschaftlichen Bedarfs eine gewisse Quantität Acker mit Getreide bestellt werden muß, wenn deshalb eine Gemeinde ihren leichten Sandboden beackern muß, der so wenig ertragsreich ist, daß in jedem Scheffel Getreide doppelt so viel Arbeitszeit kristallisirt erscheint, als in dem Scheffel Getreide, das auf gutem Boden gewachsen ist, dann hat die Gemeinde, deren Acker aus gutem Getreideboden besteht, bei geringerer Arbeitsleistung einen größeren Werth zur Disposition, kann sich für weniger Arbeit mehr Genußmittel verschaffen, als jene Gemeinde auf dem leichten Boden.

Auch bei den Bergwerken spielt der Naturfactor eine besonders einflußreiche Rolle; die Ergiebigkeit derselben ist ja sehr verschieden. Aber selbst bei Fabriken treten solche Verhältnisse zu Tage; die unentgeltliche Benutzung einer großen Wasserkraft bevorzugt viele industrielle Etablissements vor anderen.

Wenn also den Gemeinden das unbeschränkte Eigenthumsrecht an Grund und Boden zugestanden wird, wird eine durch die Verschiedenheit der Productivität der Arbeit entstehende Differenz in dem Einkommen der Bürger der einzelnen Gemeinden entstehen, die nur der Staat im Wege der Steuer oder der Erhebung eines Bodenzinses auszugleichen vermag, soweit das Correctiv der Freizügigkeit die entstehenden Unterschiede nicht herabzumindern im Stande ist.

Es ist hier nicht der Ort, dies Zukunftsbild weiter auszumalen; es lag mir nur daran, zu zeigen, daß sich die socialistische Idee in einfacher Fortbildung der schon bestehenden und allmählich mehr concentrirenden Wirthschaftsverhältnisse durchführen lasse. Denke man sich nur die Mitglieder irgend einer Gemeinde zu einem Consumverein verbunden, so wird die Art und Weise, in welcher dieser Consumverein seinen Bedarf zu decken bestrebt sein muß, beinahe der Organisation gleichen, welche vorstehend gezeichnet wurde. Dieser Consumverein wird für alle seine Mitglieder auch so lange der Abnehmer ihrer Producte sein, als er die gebrauchten Waaren nicht anderswoher billiger beziehen kann.

Denkt man sich wieder die verschiedenen Industrien und Gewerke genossenschaftlich organisirt, so hat man andererseits ein Bild der möglicher-, ja wohl auch wahrscheinlicherweise entstehenden Productivgenossenschaften; die Vertheilung der zum Consum hergestellten Genußmittel kann sich nach der geleisteten Arbeit richten und dem Staat fällt bei der ganzen Organisation mehr das Aufsichtsrecht, als eine directe Leitung der Production und Vertheilung zu.

Doch das nur nebenbei. Ich mußte, selbst auf die Gefahr hin, mich dem Vorwurf der Utopie auszusetzen, in kurzen Zügen die Organisation des socialen Staates zeichnen, um daran zu zeigen, welch' eminent wichtige Stellung die Wirthschafts-Gemeinde in der Organisation einzunehmen berufen ist.

Mir erscheint die Wirthschafts-Gemeinde, wie ich vorstehend schon ausgeführt habe als der naturgemäße, einfache Wirthschaftskörper, der sich föderalistisch mit anderen gleichen oder ähnlichen Organismen gruppiren und mit ihnen eine höhere Einheit bilden muß.

Deshalb erscheint mir auch das Streben, den Gewerbebetrieb der Gemeinden auszudehnen, als durchaus gerechtfertigt, als

durchaus praktisch, um dem Socialismus die Bahn zur Durchführung seiner weiteren Ideen zu ebnen. Je mehr die einzelnen Gemeinden sich an der Production betheiligen, desto mehr lernen sie den Werth der Selbstproduction kennen und schätzen; je weiter diese Production um sich greift, um so mehr muß sie dem vorhandenen Bedarf angepaßt, planmäßig betrieben werden.

Aber selbst ohne productiven Communalbetrieb kann dem Socialismus immer mehr Terrain gewonnen werden, sobald es gelingt, die Gemeinden nur zu einem mehr oder minder umfassend organisirten Consumverein umzugestalten. Uebernehmen die Communen nur vorerst die Besorgung, den Ankauf und Vertrieb der nothwendigsten Lebensmittel, vermindern sie dadurch den gemeinschädlichen Parasiten des Zwischenhandels, so gewinnen sie als hauptsächlichste Kunden der Producenten einen so gewaltigen Einfluß auf die Production, daß sie organisirend und bestimmend in dieselbe einzugreifen im Stande sind.

Denke man sich nur, daß irgend eine Stadt von mittlerem Umfange den Mehl- und Brodhandel in die Hand nehme. Sofort würden die Mehlhändler und die Bäcker gezwungen sein, entweder der übermäßigen Concurrenz zu weichen, oder aber sich mit einem ganz bescheidenen Verdienste zu begnügen. Der sichere Absatz ermöglichte der Stadt die Anlage eines großartigen Mühlen-Etablissements; der constante Verbrauch von Getreide gäbe wieder Gelegenheit, dasselbe aus der ersten Hand von den Producenten, den Landwirthen, zu kaufen, welche dagegen die übrigbleibende Futterkleie gern in Zahlung nehmen würden.

So wird, so muß sich ein Industriezweig nach dem andern organisch in den Dienst des großen Consumvereins einreihen lassen und damit wäre meines Erachtens der unter den bestehenden Wirthschaftsverhältnissen einzig und allein mögliche, erste Schritt zur Herstellung einer vernünftigen Interessengemeinde gegeben, aus der heraus sich der social organisirte Staat naturgemäß entwickeln kann.

Schon werden von allen Seiten Stimmen laut, welche das Eingreifen des Staates, seine organisirende Thätigkeit verlangen. Aber Niemand weiß einen Vorschlag zu machen, in welcher Weise der „Racker von Staat" helfen soll. Mir scheint, daß man von unten aufbauen, daß man der Gemeinde wieder einen festen, wirthschaftlichen Halt geben muß, um den Kristallisationspunct zu gewinnen, um den herum sich die jetzt centrifugalen Atome gruppiren können.

Die Wirthschafts-Gemeinde bildet den Kern des nicht mehr aus Gesellschafts-Atomen bestehenden Staates; aus den föderalistisch organisirten Gemeinden setzen sich die Provinzen, aus diesen der Staat zusammen, der, durch die materiellen wie ideellen Interessen aller seiner Bürger zusammengehalten wird. Ein derartiges Staatswesen vermag nicht nur wirthschaftlich ganz für sich zu bestehen, es kann auch vermöge seiner rationell gegliederten Production das von Jahr zu Jahr steigende Wohlsein aller seiner Bürger garantiren.

Zur Durchführung dieser Aufgabe muß sich der Socialismus meiner Meinung nach bemühen, seine Anhänger in die Vertretung der Communen hineinzubringen und überall die Versorgung der Gemeinde mit den nothwendigsten Lebensbedürfnissen von Gemeindewegen organisiren.

Der Vortheil einer solchen Einrichtung liegt so sehr auf der Hand, daß sich die Mehrzahl der Gemeindebürger leicht für die Idee gewinnen lassen wird, und wenn nur der erste Schritt gethan ist, kann und wird sich der Betrieb nach allen Richtungen erweitern lassen.

Die Anstellung derartiger praktischer Versuche auf dem Boden der heutigen

Gesellschaft kann nicht nur ohne jede Verletzung der demokratischen Principien der Partei vor sich gehen, sie muß sogar der geplanten wirthschaftliche Organisation des Socialismus erst den Weg ebnen, muß die Vorbedingungen schaffen, ohne welche die Durchführung der wirthschaftlichen Seite des socialistischen Programms mir nicht denkbar ist.

C. A. S.

Replik.

Nr. 16 dieses Blattes bringt einen A. B. unterzeichneten Artikel, der sich in heftiger Weise gegen die angeblichen Ansichten des Verfassers eines in Nr. 10 d. Bl. abgedruckten Artikels: „Ueber den Zusammenhang des wirthschaftlichen und politischen Princips im demokratischen Socialismus" ausspricht. Meines Erachtens nicht nur mit Unrecht, sondern auch sehr überflüssiger Weise. Thatsache ist es, daß die Meinungen innerhalb der Partei über den streitigen Punct des Staats- und Commune-Betriebs weit auseinander gehen. Daher schien es mir, der ich ganz auf dem principiellen Standpunct des Herrn A. B. stehe und diesen Standpunct in fast zu schroffer Form gegen Herrn Rittinghausen geltend gemacht habe (in der „Wage"), wünschenswerth, die Gründe für und wider zusammenzustellen.

Die Objectivität machte es mir zur Pflicht, alle Gründe, welche meine, in dieser Frage mit mir dissentirenden Parteigenossen geltend machen konnten, möglichst scharf zu präcisiren. Daraus folgt noch nicht, daß diese Parteigenossen die von mir zu ihren Gunsten beigebrachten Motive zu den ihrigen machen. Durchaus ungehörig erscheint es mir aber, diese Genossen, die gewiß ebenso überzeugungstreu und ehrlich sind, wie Herr A. B. und ich selber, in das Stöcker'sche Lager zu verweisen, wie es Herr A. B. thut, der sich die Mühe nicht verdrießen ließ, gegen angebliche, von Niemand bis jetzt unbedingt acceptirte Motive einen heftigen Kampf zu beginnen. Nirgends ist in dem von mir geschriebenen Artikel davon die Rede, daß das demokratische Princip ein Beiwerk in unserer Bewegung sei; das glaubt eben Niemand und das hätte Herr A. B. auch bei genauerem Studium meines Artikels sicher nicht in denselben hineinlesen können. Von einem Aufgeben des demokratischen Standpuncts, den ich ebenso entschieden wie Herr A. B. vertrete, ist sicherlich bei keinem Einzigen unserer Genossen die Rede. Dieser Vorwurf muß für alle Genossen, welche in dem oben erwähnten Punct anderer Meinung sind, als wir, verletzend sein und wäre deshalb besser unterblieben.

Auf die abfällige Kritik des Herrn A. B. über die „praktischen" Vorschläge, welche ich in der „Zukunft" gemacht habe und ferner machen werde, zu antworten, steht mir nicht zu. Jene Vorschläge sind eben der Oeffentlichkeit übergeben, um discutirt zu werden. Wer, wie ich, auf Grund langjähriger Studien zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß Marx und Engels mit vollem Recht die Behauptung aufstellen, daß die ökonomischen Verhältnisse die Grundursache der politischen Macht sind, der kann zwar die Möglichkeit nicht bestreiten, daß unsere Partei die politische Macht einmal durch einen Gewaltstreich zu erringen im Stande sein dürfte, er kann sich aber eine durch Decret von oben herab eintretende Organisation der ökonomischen Verhältnisse, wie sie Herr A. B. sich denkt, nicht construiren, wenn nicht schon vorher größere wirthschaftliche Institutionen bestehen, aus denen heraus und an die sich anschließend der neue ökonomische Bau der Gesellschaft sich zu entwickeln vermag. Herr A. B. verweist auf England; sollen wir warten, bis die Concentration des Kapitals und des Grund und Bodens sich so weit vollzogen hat, wie es nöthig ist, um die Expropriateure zu expropriiren? Dann kann sich der deutsche Socialismus vorläufig noch ruhig auf einige hundert Jahre schlafen legen.

Die wirthschaftlichen Verhältnisse Deutschlands sind anderer Natur, als die Englands. Die materielle Noth treibt das deutsche Reich zu dem Gedanken des monopolisirten Staatsbetriebes. Die materielle Nothlage der Städte wird sie zu gleichen Unternehmungen drängen, je entschiedener der Widerwille gegen die Einführung neuer Steuern sich öffentlich ausspricht. Damit ist der Weg gezeichnet, auf dem sich eine Concentration des Kapitals in anderer Weise, wie in England, vollziehen kann und vollziehen wird. Damit wird dem deutschen Communismus ein tüchtiger Berg von Vorurtheilen aus dem Wege geräumt.

„Die Gesellschaft kann naturgemäße Entwickelungsphasen weder überspringen, noch wegdecretiren — schreibt Marx — aber sie kann die Geburtswehen abkürzen und mildern."

Wenn irgend ein „praktischer" Vorschlag, wie Herr A. B. sich höhnend ausdrückt, etwas zur Abkürzung und Milderung der Geburtswehen beizutragen im Stande ist, — soll derselbe aus purer Principienreiterei nicht gemacht werden? Sollen wir der großen Zahl von ehrlichen Leuten, die sich wohl mit den von uns aufgestellten Zielen einverstanden erklären, sich aber von unserer Partei fernhalten, weil sie gar keinen Weg zur Erreichung dieser Ziele zu finden vermögen, nicht zeigen, daß sich die Gesellschaft — bei gutem Willen — im tiefsten Frieden durch allmähliche Einführung von Reformen zu einer communistisch organisirten umgestalten kann?

Ich sage: ja, dreimal ja!

Schließlich bemerke ich noch, daß ich glaube, Herr A. B. wird sich selbst überzeugen, daß er durch Mißverständnisse über die Person und die Intentionen des Verfassers zu einer so scharfen Schreibweise verleitet worden ist; ich betone nochmals, daß ich mindestens ebenso entschieden wie Herr A. B. die Durchführung der demokratischen Forderungen unseres Programms vertrete, aber auch ganz jener Ansicht meines Lehrers und Freundes Joh. Jacoby huldige, die derselbe schon 1848 ausgesprochen hat:

„Die politische Freiheit ist nicht der höchste, nicht letzter Zweck; sie soll uns nur den Weg bahnen zur Lösung einer höheren, der gesellschaftlichen Aufgabe, nur als Mittel dienen zur Erhebung und Veredelung des Menschen zu dem auf sittliche Freiheit begründeten Wohlergehen Aller." C. A. S.

Die Babouvisten.

Die eigentlich socialistischen Doctrinen haben während der französischen Revolution verhältnißmäßig nur eine untergeordnete und nebensächliche Rolle gespielt. Um dies zu beweisen, ist es nur nöthig, daran zu erinnern, in wie bedauerlicher Weise die nationalen Güter verwendet wurden. Condorcet, der in seiner „Uebersicht der Fortschritte des Menschengeistes" die wirkliche Gleichheit als das letzte Ziel der socialen Kunst bezeichnet hatte, und Brissot, dem man es heutzutage so nachrühmt, daß er vor Proudhon der Erfinder des berühmten Dogma: „Eigenthum ist Diebstahl" gewesen sei, gehörten beide der Bourgeoispartei der Girondisten an und bewiesen schon dadurch, wie sehr sich ihre Theorien von denen des Socialismus unterschieden. Robespierre und Saint Just haben sich begnügt, metaphysische Sätze zu verbreiten und gegen die reichen Eigenthümer einige Schmähungen zu schleudern, und zwar zu derselben Zeit, als sie in ihrer Verfassung von 1793 das Eigenthum gewährleisteten. Marat selbst, genau genommen, kam trotz seines glühenden Mitgefühls für das Volk über das Ideal einer rein politischen Revolution niemals besonders weit hinaus. Die beiden einzigen Parteien, die man wirklich mit dem Namen Socialisten bezeichnen kann, nämlich die „Enragés" und die „Hébertisten", waren in ihrer Thätigkeit sehr beschränkt. Die „Enragés", deren Hauptführer der ehemalige Priester Jacques Roux, der junge Varlet und der

Spanier Gusman waren, wurden von der Partei Robespierre's sehr bald abgethan. Die ungleich stärkeren Hébertisten waren kurze Zeit hindurch Gebieter der Commune, in der sie über die Majorität verfügten, Gebieter der Mairie von Paris, an deren Spitze Pache stand, und Gebieter des Kriegsministeriums, das aus Bouchotte, Hebrard-Vincent und Xavier Audouin gebildet wurde. Ferner waren sie Herren der von Ronsin befehligten Revolutionsarmee, und da sie außerdem den Procurator der Commune, Chaumette, den Redacteur des „Père Duchesne", Hébert, den berühmten Redner Collot-d'Herbois und eine ganze Anzahl von Volksvertretern zu ihren Führern zählten, durften sie einen Augenblick hoffen, die Leitung der ganzen Bewegung in die Hand zu bekommen; aber die Anhänger Robespierre's empörten sich über ihre Gottlosigkeit und ihren Versuch, eine allgemeine Entchristlichung herbeizuführen und brachten auch sie unter das Messer der Guillotine. —

Erst zwei Jahre später, im Laufe der Jahre III und IV, erkannten einige von den letzten Ueberlebenden der Revolutionskämpfe — belehrt durch das traurige Schauspiel der Schandthaten der Reaction, durch das wachsende Elend des Volkes und durch die Wiederkehr der alten Tyrannei unter neuen Formen — daß die rein politischen Revolutionen durchaus unfruchtbar seien, und entschlossen sich, eine neue Revolution von ausgesprochen socialem Charakter zu unternehmen.

Diese Unternehmung war die Verschwörung des Baboeuf. *)

Die Pläne der Baboeuvisten sind in mehr als einer Hinsicht als unvollständig, phrasenhaft, verdunkelt durch Sentimentalität und wirthschaftliche Unerfahrenheit zu betrachten. Der Einfluß des verbitterten Spiritualisten Rousseau, der schon der Revolution so verhängnißvoll gewesen war, machte sich auch hier an einzelnen Stellen bemerkbar. Es ist auch durchaus nicht erstaunlich, daß in dem Augenblick, wo die große Industrie der neueren Zeit kaum im Entstehen begriffen war, die Verschworenen nicht alle Folgen ihres Unternehmens vorausgesehen hatten. Aber man darf nicht verkennen, daß sie ein Beispiel revolutionärer Kühnheit und politischen Radicalismus gegeben haben, welches vielleicht nicht wieder erreicht worden ist.

In den Kerkern der Reaction lernten die meisten der zukünftigen Mitglieder der Verschwörung sich kennen. Von Denjenigen, die sich im Jahre III in den Pariser Gefängnissen und besonders in dem von Plessis und in dem der „vier Nationen" befanden, sind zu nennen:

Bertrand, ehemaliger Maire von Lyon während der Revolutionszeit; hatte vor 1789 ein beträchtliches Vermögen im Dienste seiner Ideen ausgegeben. Er war ein alter Freund des piemontesischen Socialisten Châlier, an dem die Bourgeois von Lyon während eines reactionären Aufstandes in dieser Stadt einen Justizmord verübten;

Debon, Verfasser eines Werkes gegen das Eigenthum;

Julien de la Drôme, Mitglied des Convents, in welchem er für den Tod des Königs gestimmt hatte;

der Goldschmied Josef Bodson, ein ehemaliges Mitglied der Commune von

*) Das Hauptwerk über die Verschwörung des Baboeuf ist das von Buonarotti. Es wurde zum ersten Mal im Jahre 1828 zu Brüssel in zwei Octavbänden und unter dem Titel: „Histoire de la conjuration pour l'Égalité, dite de Baboeuf, suivie du procès auquel elle a donné lieu" veröffentlicht. Eine neue Ausgabe desselben erschien im Jahre 1830 zu Paris in der Sammlung der Schriften über die Revolution, welche die Gebrüder Baudouin veranstalteten. Der volkswirthschaftliche Theil des Buches ist als besonderes Werk im Jahre 1832 herausgegeben worden. 1850 schrieb Charavay einen einbändigen Abriß, in welchem einige Namen von Persönlichkeiten wieder berichtigt sind, die Buonarotti durch Pseudonyme ersetzt hatte. Ein anderer, empfehlenswertherer Abriß ist im Jahre 1869 in der Sammlung der politischen Processe durch den Verleger Lechevalier nebst einer Vorrede und Anmerkungen von Arthur Ranc veröffentlicht worden. — Außerdem kann man den 1870 in der 17. Lieferung der allgemeinen Encyclopädie der Herren Ranc und Jaclard erschienenen sehr guten Artikel über den Baboeuvismus nachschlagen; über die einzelnen Umstände wird man am besten durch die Sammlung der Zeitungen Baboeuf's: „Der Volkstribun" und „Zeitung der freien Menschen" aus den Jahren IV und V unterrichtet. Ferner wurden im Jahre V von der Druckerei des Directoriums zwei Bände der bei Baboeuf confiscirten Papiere, sowie auch der stenographische Bericht des Processes in vier Bänden (Baudouin, Paris, Jahr V) veröffentlicht.

Paris, welcher schon seit der Niederlage der Hebertisten verurtheilt war, zu jener Zeit indeß wegen eines Preßvergehens gefangen saß;

Duplay, der Tischler, bei welchem Robespierre gewohnt hatte;

Massart, Ex-Generaladjutant der Armee unter dem patriotischen Ministerium von Pache und Bouchotte;

Mathurin Bouin, ein ehemaliger Friedensrichter;

Germain de Narbonne, ein junger Husarenofficier, der durch die Reaction aus dem Lager gerissen worden war, um in die Bastille geworfen zu werden;

Gracchus Baboeuf de Saint Quentin, ein ehemaliger Beamter der Commune von Paris, der zuerst mit der Bewegung des Thermidors sympathisirte, dann aber in Folge der Greuelthaten der Thermidoristen ein so freimüthiger Revolutionair wurde, daß man ihn festnehmen ließ;

Philippe Buonarotti, ein Nachkomme von Michel Angelo, der von dem Großherzog Leopold zu Beginn der Revolution von Florenz verbannt wurde. Er gründete auf Corsica die Zeitung „Freund der italienischen Freiheit", wurde durch Decret des Convents zum Franzosen erklärt und im Auftrage desselben mit einer Sendung nach Corsica betraut. Nach dem Thermidor kerkerte man ihn ein. (Es ist dies derselbe Buonarotti, welcher 30 Jahre später der Geschichtsschreiber dieser Verschwörung werden sollte.)

Diese Leute gehörten allen Parteien der Revolution an; es befanden sich unter ihnen alte Freunde von Hébert und Chaumette, ehemalige Jünger Robespierre's, und sogar ehemalige Thermidoristen, wie gerade Baboeuf. In den Gefängnissen lernten sie unter der gemeinsamen Last der Unterdrückung einander kennen, einander schätzen, ihren früheren Kummer und selbst ihre Todten vergessen, um zusammen an dem Triumph der Gerechtigkeit zu arbeiten.

Der royalistische Aufstand des Vendemaire des Jahres IV zwang das Directorium, eine bejammenswürdige Regierung der Schaukelpolitik und des juste milieu, sich auf die Republikaner zu stützen. Die Folge hiervon war die Befreiung der gefangenen Revolutionäre. Kaum waren dieselben frei geworden, so begannen sie, sich mit ihren neuen Plänen zu beschäftigen und eine Vereinigung zu bilden. Ein erster, aber erfolgloser Versuch wurde im Anfang des Brumaire des Jahres IV von Baboeuf, Buonarotti, Julien de la Drôme, den jungen Darthé von Pas-de-Calais und einen Bürger Namens Fontenelle gemacht. Der junge Darthé war bei der Erstürmung der Bastille verwundet worden, hatte später an der Regierung seines Departements theilgenommen und war seitdem öffentlicher Ankläger in Arras und Cambray gewesen.

Kurze Zeit darauf fand bei Bouin eine neue Versammlung statt, welcher Darthé, Buonarotti, Massart, Bodson, Germain, Bertrand, Julien und noch einige Andere beiwohnten. Man entschied sich dafür, eine Art von Club zu bilden, der sich bei dem Patrioten Cardinaux in dem Gebäude des ehemaligen Klosters der Genovefer versammeln sollte. Diese Vereinigung, welche später in Folge der Nachbarschaft den Namen Pantheon-Club annahm, hatte, da die Aufnahmebedingungen sehr leichte waren, bald mehr als 2000 Mitglieder. Aber gerade diese leichten Aufnahmebedingungen waren auch die Ursache, daß im Schooße des Clubs große Meinungsverschiedenheiten entstanden. So hielt eine Anzahl Gemäßigter den Gleichheitsfreunden die Spitze, welche Letzteren volksthümliche Stimmungen wachzurufen suchten, indem sie die Ausführung jener beiden nicht aufgehobenen Decrete verlangten, die der Convent in seiner besseren Zeit erlassen hatte. Nämlich das Decret vom 8. Ventose des Jahres II, welches den Vaterlandsvertheidigern eine Milliarde aus dem Nationalvermögen versprach, und dasjenige vom 14. Ventose desselben Jahres, das den armen Patrioten die Güter der Revolutionsfeinde überwies. Es würde ein großer Irrthum sein, wollte man alle Mitglieder des Pantheon-Clubs als Anhänger der Lehren Baboeuf's betrachten, der schon zu dieser Zeit keinen Anstand nahm, in seinem Journal, dem „Volkstribun", entschieden zu erklären, daß „das persönliche Eigenthum die Quelle aller auf der Menschheit lastenden Uebel sei", und der ja, wie Marat, genöthigt war, sich beständig zu verbergen, um den Schergen der Gewalt zu entgehen.

Um inmitten dieser Vereinigung einen Stamm zuverlässiger und entschlossener Männer zu haben, bildeten Darthé, Buonarotti, Massart, Germain und das ehemalige thermidoristische Conventsmitglied Amar ein geheimes Comité, dem in der

Folge Debon und die Bürger Clemence, Genois, Marchand und Felix Lepelletier, ein Bruder des nach der Verurtheilung des Königs ermordeten Conventsmitgliedes, sich zugesellten.

Diese Vereinigung gestaltete sich zu einer Art von Commission, in welcher man nicht allein über die Mittel und Wege zum Sturz des Directoriums, sondern auch darüber berieth, wie dasselbe durch eine bessere Regierung zu ersetzen und eine auf gesunder Grundlage beruhende Volksherrschaft zu schaffen sei. Die sociale Frage wurde hier mit Freimüthigkeit behandelt. Alle begriffen, daß die Zerstörung der Ungleichheit das zu erreichende Ziel war. Bei der Discussion hierüber schlugen die Einen, in Erinnerung an die während der Revolutionszeit getroffenen Maßnahmen, die Lebensmitteltaxe und Zwangsrequisitionen vor, während Andere von Luxussteuern, dem Ackergesetz und der progressiven Einkommensteuer ausgingen. Debon, Darthé, Felix Lepelletier und Buonarotti hatten nicht viel Mühe aufzuwenden, um die Unzulänglichkeit dieser Palliativmittel zu beweisen. Sie führten als das einzige Heilmittel „die Gemeinsamkeit der Güter und Arbeiten, d. h. die gleiche Vertheilung der Lasten und Genüsse" an, und Alle verstummten, um sich dieser Meinung anzuschließen.

Man bildete sich keineswegs ein, diese radicale Reform durch einen Erlaß im Handumdrehen bewerkstelligen zu können, man wollte diese Reform lediglich anbahnen. Die Mitglieder der Gruppe beschlossen deshalb, zunächst den Sturz des Directoriums und die Wiederaufrichtung der Verfassung von 1793 zu erstreben, welche, wenn sie auch das Recht des Eigenthums in seiner ungeheuren Ausdehnung anerkannte, doch immerhin die demokratischste Verfassung war, welche man hatte. Ferner wollte man durch das aufständische Volk eine revolutionäre Behörde ernennen lassen, welche beauftragt werden sollte, die Schlußfolgerungen des Aufstandes zu ziehen.

Das Comité war gerade im Begriff, die Abtheilungen zu organisiren, den Aufstand vorzubereiten und ihm die für die Gleichheit günstigste Richtung vorzuzeichnen, als plötzlich eine Reihe von Ereignissen eintrat, welche Alles in Frage stellten.

Zuerst faßte das Comité, in Folge eines von Héron, ehemaligen Agenten des allgemeinen Sicherheits-Comité's, hervorgerufenen ungerechten Verdachts, Mißtrauen gegen Amar und löste sich schließlich auf. Diese Verdächtigungen hatten übrigens so wenig Halt, daß selbst Buonarotti, ein sehr eifriger Anhänger Robespierre's, erklärte, Amar habe bis zu seinem Ende nie aufgehört, mit seiner Börse wie mit seiner Person die Sache der Gleichheit zu unterstützen.

Sodann nahmen die Verfolgungen gegen Baboeuf neuerdings einen so heftigen Charakter an, daß sie sich sogar auf seine Frau erstreckten. Schließlich wurde der Panthéon-Club, welcher eine große Ausdehnung gewonnen hatte, aufgelöst. Den Vorwand hierzu bot das Verlesen einer von Darthé verfaßten Stelle des Baboeuf'schen Journals. Die Auflösung wurde am 9. Ventose in militärischer Weise durch Truppen vollzogen, deren Befehlshaber kein Geringerer war, als der General Bonaparte, der künftige Kaiser in Person.

Alles gerieth in Unordnung. Die Freunde der Gleichheit — die Gleichen, wie sie sich untereinander zu nennen pflegten — blieben bei ihren Zusammenkünften auf die öffentlichen Plätze und auf die Café's, besonders auf dasjenige der „Bains Chinois", beschränkt, wo man sich die republikanische Liedersängerin Sophie Lapierre anhörte. Was Baboeuf anbelangt, so mußte der beständig von der Polizei verfolgte Mann von Asyl zu Asyl irren und bald bei Felix Lepelletier, bald bei Rey und Chérez eine Zuflucht suchen. In diesen Widerwärtigkeiten wurde er durch die aufopfernde Anhänglichkeit Antonelle's, Darthé's, Duplay's, Buonarotti's und des Schlossers Didier, sowie auch des materialistischen Philosophen Silvain Maréchal unterstützt, welcher ein alter Freund Chaumette's war und später das Wörterbuch der Atheisten herausgab. Der Anfangs genannte Antonelle, ehemals Deputirter und Präsident der Jury in dem Proceß der Königin und der Girondisten und überdies ein Feind der Tyrannei Robespierre's, war trotz seiner angesehenen Stellung und seines Adels in so hohem Grade von Eifer für die Gleichheit erfüllt, daß er das Anerbieten des Directoriums, das „Journal des Hommes libres" zu verlassen und die Redaction des „Moniteur" zu übernehmen, gerade um diese Zeit abgelehnt hatte.

Erst im Anfang des Germinal des Jahres IV konnte die Verschwörung wieder organisirt werden. Baboeuf, Antonelle, Silvain Maréchal und Felix Lepelletier, vier Männer von scharfem Verstande und ausgeprägten Ueberzeugungen, constituirten sich, mit dem Zwecke, die Revolution zu centralisiren, zu einem geheimen Wohlfahrtsausschuß. Sie zogen sofort Buonarotti und Darthé, später auch Debon in's Geheimniß und gründeten endgültig am 10. Germinal einen Ausschuß von 7 Mitgliedern.

Zwölf Bezirks-Agenten, die sorgfältig aus den erprobten Patrioten ausgesucht worden waren, erhielten den Auftrag, die Agitation in den verschiedenen Vierteln zu übernehmen. Mit großer Schnelligkeit schufen sie hier kleine thätige Gruppen, die untereinander nicht in Verbindung standen, von sicheren Männern geleitet wurden und, ohne es zu wissen, auf ein gemeinsames Ziel lossteuerten. Nur einer von ihnen, der Schlosser Didier, kannte den geheimen Ausschuß und vermittelte dessen Verbindungen mit den Bezirks-Agenten. In der Folge wurde die Organisation vervollständigt durch fünf militärische Agenten, Fiou, Exgeneral Massey, Vanneck, Germain, der für die von sehr revolutionärem Geiste erfüllte Polizei-Legion bestimmt war, und schließlich für das Lager von Grenelle der Verräther George Grisel, ein Capitain, dessen Bekanntschaft Darthé im Café des Bains Chinois gemacht hatte, und dessen schändliche Denunciation das Complott zum Scheitern bringen sollte.

Alle Mitglieder des geheimen Ausschusses befanden sich in voller Uebereinstimmung hinsichtlich ihres Endziels. Es war die Abschaffung der gegenwärtigen socialen Ordnung und die Aufrichtung der absoluten Gleichheit. Aber wie schon früher in der Versammlung bei Amar, war man auch hier der Meinung, die Verfassung von 1793 zum Ausgangspunct machen zu sollen, zumal diese Verfassung in den revolutionär gesinnten Vorstädten sehr populär geblieben war. Man erkannte an ihr hauptsächlich zwei große Verdienste an: erstens war sie durch das Volk gebilligt, und dann war in ihr dem letzteren ausdrücklich das Recht vindicirt worden, über die Gesetze zu berathen und zu beschließen. Indessen fühlte der Ausschuß die Gefahr, die darin lag, wenn das Volk zu früh zu neuen Wahlen berufen würde, und er hatte Recht. — Man hat in Frankreich seit der Einrichtung des allgemeinen Stimmrechts immer gesehen, daß man wenig von dem Votum eines Volkes zu erwarten hat, welches eben erst von der Unterdrückung befreit worden ist. Die Geschichte und die Erfahrung hatten, wie Buonarotti erzählt, den geheimen Ausschuß darüber belehrt, daß die thatsächliche Wirkung der Ungleichheit die ist, entgegengesetzte Interessen zu schaffen, einander feindlich gegenüberstehende Leidenschaften zu pflegen und die Menge, welche die Ungleichheit unwissend, leichtgläubig und zum Opfer anstrengender Arbeit macht, einer kleinen Anzahl von unterrichteten und geschickten Leuten zu unterwerfen, welche den Vorzug, den sie zu erlangen gewußt, mißbrauchen und nur danach streben, in der Vertheilung der Güter und der sonstigen Vortheile die Ordnung zu erhalten und zu verstärken, welche für sie die ausschließlich günstige ist. Der Ausschuß schloß daraus, daß ein Volk, welches sich in so seltsamer Weise von der natürlichen Ordnung entfernt hatte, auch nicht in besonders hohem Grade fähig sein würde, Nützliches zu vollbringen, vielmehr eines außerordentlichen Mittels bedürfe, um wieder einen Zustand zu erreichen, in dem es ihm möglich sein würde, das volle Maß seiner Souveränetät in Wirklichkeit und nicht blos scheinbar auszuüben.

Es mußte also eine provisorische Behörde geschaffen werden. Einige schlugen die Dictatur eines Einzelnen vor, Andere Zurückberufung der revolutionären Mitglieder des Convents, welche durch die Reaction geächtet worden waren, noch Andere traten für die Ernennung einer revolutionären Behörde durch das aufständische Volk ein. Dieser letzte Vorschlag wurde zum Beschluß erhoben. Man entschied sich dafür, dem aufständischen Volk die Ernennung einer Versammlung vorzuschlagen, welche aus je einem Demokraten für jedes Departement zusammengesetzt sein sollte, und welcher das Comité eine Reihe von Maßregeln zu unterbreiten hätte, die eine ernstliche Umwandlung herbeizuführen geeignet wären. Man bereitete sogar Candidatenlisten vor, um sie dem Volke vorzulegen; dieselben wurden später von der Polizei bei Baboeuf aufgefunden. Unter den darin vorgeschlagenen Namen sind diejenigen Antonelle's für die Rhonemündung, Massart's für

Ille et Vilaine, Germain's für Aude, Debon's für Calvados, des Generals Merle, eines activen Militairs, für die niederen Pyrenäen, Darthé's für Pas-de-Calais und Baboeuf's für die Somme hervorzuheben.

Der Ausschuß wäre während der Erhebung allmächtig gewesen, er rechnete sehr darauf, auch in der Folge einen Theil seines Einflusses zu behalten. Entweder durch seine Thätigkeit in der Assemblée, oder dadurch, daß er sich durch das aufständische Volk das Recht zuertheilen ließe, dieser Körperschaft Gesetzesvorschläge zu präsentiren. Der Ausschuß mußte sich also mit der Gesammtheit der Maßregeln beschäftigen, die während des Aufstandes, wie auch nach demselben geschaffen werden sollten. Vom ersten Tage der Bewegung an sollten provisorische Maßregeln dem Volk von Paris den socialen Charakter der Erhebung begreiflich machen. Diese Maßregeln waren die unentgeltliche Wiedergabe der in dem Mont de Piété versetzten Werthgegenstände des Volks, die Bekleidung der Armen, die sofortige Unterbringung der Unglücklichen in den Wohnungen der Verschwörer, endlich die Vertheilung der beweglichen Güter der Verschworenen an die bedürftigen Vaterlandsvertheidiger. Aehnliche Dispositionen sollten für die Provinzen getroffen werden, in welche man energische Commissarien entsenden wollte, und wo die Verwaltungsbeamten, welche vor dem Thermidor thätig gewesen waren, in ihre Functionen wieder eingesetzt werden sollten. Die hauptsächlichsten Maßregeln sollten sein: die Abschaffung der Steuern für die Armen und ihre Vertheilung auf die Reichen, die Errichtung von allgemeinen Vorrathshäusern in allen Gemeinden, die sofortige Aufhebung des Verkaufs der Nationalgüter, die Vertreibung derjenigen Eigenthümer, welche es vernachlässigen sollten, ihre Landgüter zu bebauen, und die Verwendung der letzteren zum Nutzen des Volkes, sowie schließlich die unentgeltliche Beschaffung des nothwendigen Lebensunterhalts für die Greise, die Schwachen und die bedürftigen Familien der Soldaten.

Was die endgültigen Maßregeln anbetraf, so sollten sie in fünf Decreten erlassen werden, welche der Ausschuß durch die Assemblée votiren lassen wollte, nämlich ein Decret in Betreff der Polizei, eins in Bezug auf das Heer, eins über die öffentlichen Feste, eins über die Erziehung und eins in Bezug auf die Volkswirthschaft.

Das Decret über die Polizei sollte den Zweck haben, die Gegenrevolutionäre niederzuhalten, die Macht in die Hände des Volkes zu legen durch die Errichtung einer Nationalgarde, welche im Gegensatz zu allen bürgerlichen Garden der Reaction ausschließlich aus denjenigen Bürgern gebildet werden sollte, die in Anbetracht ihrer Lage an dem Erfolg der Revolution besonders interessirt waren.

Das Militär-Decret sollte auf die Armee den demokratischen Geist übertragen, durch die Bestimmung, daß alle Bürger im Alter von 20 bis 25 Jahren in sie eingereiht, und daß sie von bewährten, auf Widerruf angestellten Führern geleitet werden sollte.

Das Decret über die öffentlichen Feste sollte die Traditionen der großen Staatsfeierlichkeiten aus den schönen Jahren der Revolution wieder beleben.

Das Erziehungs-Decret hatte den Zweck, allen Staatsbürgern eine allgemeine und gleiche Bildung zu geben, sowie auch der Jugend die Liebe zu der neuen Ordnung einzuflößen.

Das volkswirthschaftliche Decret, das wichtigste von allen, sollte alle Zweige der öffentlichen Verwaltung umfassen. „Bekanntlich", so äußert sich Buonarotti über diesen Punct, „war die Aufrichtung und Vollendung einer großen nationalen Gemeinschaft der letzte Zweck der Arbeiten des Ausschusses. Indessen würde er sich sehr wohl gehütet haben, schon am Tage nach seinem Triumph diesen Zweck zum Gegenstand eines Erlasses zu machen und die Gegner zu zwingen, daran theilzunehmen. Im Gegentheil würde jede einseitige Heftigkeit, jeder nicht durch die Gesetze angeordnete Wechsel untersagt und bestraft worden sein. Der Ausschuß dachte, daß der Gesetzgeber einen Weg einzuschlagen hätte, der das ganze Volk bestimmen müßte, aus Noth oder Interesse das bestehende Eigenthum zu ächten."

Zu diesem Zweck rechnete der Ausschuß auf die unmittelbare Einrichtung eines vorläufigen nationalen Gemeinwesens, das sofort durch die Vereinigung der gesammten Güter, die der Nation und den Gemeinden gehörten, begründet werden sollte. Dieses Gemeinwesen, so glaubte er, welches ein ungeheures Territorium

besaß, das sich noch fort und fort durch freiwillige Geschenke und durch die Annexion der Güter der Verstorbenen vergrößert haben würde, hätte den von ihm beschäftigten Bürgern bei mäßiger Arbeit einen unabhängigen und soliden Wohlstand gesichert; es hätte Denjenigen, welche außerhalb dieses Gemeinwesens leben wollten, nur ein mühevolles und dürftiges Leben gelassen, es hätte dadurch, daß es die arbeitsame Bevölkerung zu sich herangezogen hätte, den Grundbesitz und das Kapital in den Händen der Eigenthümer sozusagen unfruchtbar gemacht, und ohne daß die Maßregel der Expropriation und der Confiscation nöthig geworden wäre, würden die Eigenthümer sich gezwungen gesehen haben, auszuwandern und die Besitzthümer zu verlassen, aus denen sie keinen Nutzen mehr ziehen konnten, oder sie dem Gemeinwesen anzubieten, um an den von ihm gewährten Vortheilen theilzunehmen.

Diese Ideen sind vielleicht trotz der Irrthümer, welche aus den Verhältnissen jener Zeit entspringen — so z. B. der Haß gegen das Geld, der beinahe so weit ging, daß man die im Felde stehenden Heere mit Naturalien versorgen wollte — weniger lächerlich, als man in einer gewissen Gesellschaft die Lehren der Baboeuvisten sich vorzustellen beliebt. Um nur von dem kühnsten der Decrete, dem volkswirthschaftlichen, zu sprechen, so ist zu bemerken, daß der Uebergangsmodus, welchen es für die Verwandlung des persönlichen Eigenthums in Gesammteigenthum in Vorschlag bringt, sich in seinen großen Umrissen in hohem Grade den Methoden nähert, die heutzutage von einigen der eifrigsten Mitglieder der socialistischen Partei vorgeschlagen werden.

Dies wären die Wirkungen, welche die Baboeuvisten durch ihre Revolution hervorzubringen hofften; wir müssen jetzt fragen, wie sie sie auszuführen gedachten. Zeigt schon die Darlegung ihrer volkswirthschaftlichen Theorien eine seltene Ueberlegenheit, so offenbart das Studium ihrer Revolutionspläne nicht weniger ihre revolutionäre Intelligenz. Die gewählten Mittel waren zweierlei Art, revolutionäre Propaganda und wirkliche Ausführung der Revolutionspläne. Für die Propaganda schlug Silvain Maréchal schon in der ersten Sitzung ein Manifest der „Gleichen" vor, welches als Ueberschrift die Worte Condorcet's tragen sollte: „Wirkliche Gleichheit ist das letzte Ziel der socialen Kunst." Die wichtigste Stelle dieses Manifestes lautet wie folgt: „Das Ackergesetz oder die Theilung der Ländereien war der eifrigste Wunsch einiger Soldaten ohne Grundsätze, einiger Volkshaufen, die sich mehr durch ihren Instinct als durch ihren Verstand bewegen ließen. Wir erstreben etwas Höheres, etwas Gerechteres; wir erstreben das allgemeine Wohl und die Gemeinsamkeit der Güter! Kein besonderes Eigenthum an Grundbesitz soll fürderhin bestehen, die Erde gehört Niemandem! Wir reclamiren, wir verlangen gemeinsamen Genuß der Früchte der Erde, die Früchte der Erde gehören Allen! Wir erklären, nicht länger dulden zu können, daß die sehr große Majorität der Menschen im Schweiße ihres Angesichts arbeitet im Dienste und zum Vergnügen einer außerordentlichen Minderheit! Genug und schon zu lange verfügt eine Anzahl von weniger als zwei Millionen über Dasjenige, was mehr als zwanzig Millionen ihres Gleichen gehört. Möge endlich dieses große Aergerniß aufhören, welches unsere Enkel nicht werden glauben wollen. Verschwindet endlich, ihr empörenden Unterscheidungen zwischen Reich und Arm, zwischen Groß und Klein, zwischen Herren und Knechten, zwischen Regierenden und Regierten!" —

Dieses Manifest wurde von dem geheimen Ausschuß nicht gebilligt, man tadelte hauptsächlich daran die Stelle über die Regierenden und Regierten. Germain hat später die Gedanken des Ausschusses über diesen Punct ausgesprochen, indem er vor dem hohen Gerichtshof aussagte: „Fern von mir ist diese verdammenswürdige Doctrin: weder Regierende noch Regierte, eine Doctrin, welche mich zum Sclaven eines Stärkeren und zum Tyrannen eines Schwächeren machen würde." Man mißbilligte außerdem in dem Manifest Maréchal's eine andere Stelle, an der er sagte: „Laßt sie doch umkommen, wenn es sein muß, alle Künste, wenn uns nur die wirkliche Gleichheit bleibt." Es wurde daher beschlossen, dies Schriftstück nicht zu veröffentlichen.

Zum Ersatz für das unterdrückte Manifest verbreitete man in Unmassen eine Schrift, welche den Titel trug: „Analyse der Lehren des Baboeuf, der, weil er die Wahrheit gesagt hat, geächtet worden ist."

Diese Schrift hob besonders hervor, daß die Natur jedem Menschen ein gleiches Recht an allen Gütern gegeben habe, daß der Zweck der Gesellschaft der sei, diese Gleichheit zu schützen und zu steigern durch die gemeinsame Nutznießung sämmtlicher Güter, daß Niemand sich ohne Verbrechen die Güter der Erde oder des Gewerbefleißes habe aneignen können, daß die Verfassung von 1795 oder vom Jahr III eine antirevolutionäre und die Rechte des Volkes verletzende sei —, und forderte schließlich dringend die Wiederherstellung der Verfassung von 1793. Ueberdies fanden die Zeitungen des Baboeuf „Der Volkstribun", ferner eine andere volksthümliche Zeitung, der „Eclaireur", der von Duplay redigirt wurde, sowie Broschüren und Placate in den kleinen Gruppen der einzelnen Stadtviertel ausgezeichnete Centren für die Propaganda und drangen bis in die tiefsten Schichten des Volkes ein.

Daneben wurden aber die Mittel zur Ausführung nicht vernachlässigt; der Ausschuß widmete einen großen Theil seiner Sitzungen der Revolutionsvorbereitung; man beschloß, daß das Signal zum Handeln die Veröffentlichung eines mit gründlichen Motiven versehenen Documents sein sollte, welches den Titel „Acte insurrecteur" führen und Jedem seine Rolle vorschreiben sollte.

Man rechnete zwar auf die Unterstützung eines Theils der Armee, mit welchem man geheime Verbindungen unterhielt, einem Theil, der, wie Buonarotti sagt, „noch nicht mit den Trophäen der Schweiz, Italiens, Aegyptens, Deutschlands und Spaniens geschmückt war." Auf jeden Fall hatte man seine Maßnahmen getroffen. Einige Generale sollten bereit sein, die nach Arrondissements und Sectionen eingetheilten Patrioten zu befehligen; die führenden Hauptleute und Unterhauptleute sollten Fahnen mit der Inschrift: „Gleichheit, Verfassung von 1793" tragen. Während die Kriegstüchtigsten sich der Waffen- und Munitionslager und der Lager von Grenelle und Varenne bemächtigen würden, sollten sich andere Abtheilungen zu Herren des Staatsschatzes, der Post, der Minister- und Directoren-Hôtels, sowie der Proviant-Magazine machen. Alle Bäcker sollten veranlaßt werden, Brod zu backen, welches unentgeltlich an das bewaffnete Volk vertheilt und durch Requisitionen bezahlt werden sollte. Um jeden Versuch des Widerstandes von vornherein zu beseitigen, sollte der Gehorsam gegen die Befehle der gegenwärtigen Regierung untersagt und auf der Stelle mit dem Tode bestraft werden. Endlich sollten die Directoren und die Mitglieder des Ministerraths unmittelbar von dem Volk gerichtet werden.

Jetzt, da der Aufstand gescheitert ist, haben die Geschichtsschreiber und die Volkswirthe leichtes Spiel, um in pedantischer Weise zu zeigen, daß er keinen Erfolg haben konnte; die nachträglichen Prophezeihungen sind ja so leicht. Die Unternehmung war so gigantisch angelegt, daß man Bedenken trägt, an ihre Ausführbarkeit zu glauben. Diejenigen, welche sie geplant hatten und welche sich ihre Schwierigkeiten keineswegs verhehlten, waren anderer Meinung. Sie hatten den beträchtlichen Fortschritt gesehen, welchen in den wenigen Jahren der Revolution das französische Volk gemacht hatte, und sie forderten von ihm einen neuen Fortschritt.

Es ist aber auch nicht zu bestreiten, daß die Verschwörer über bedeutende Kräfte verfügten. Derjenige Mann, welcher die französische Revolution am besten gekannt hat, der vor $1^1/_2$ Jahren verstorbene Historiker George Avenel, sagt in dieser Beziehung: „Bekanntlich mißlang die sogenannte Verschwörung des Baboeuf, aber dies geschah nicht etwa deshalb, weil die Idee, auf welcher sie ruhte, eine unausführbare war, vielmehr ist ihr Mißerfolg nur dem Zufall zu verdanken. Die Verschwörung hatte damals alle Chancen für sich, alle Umstände lagen wirklich ausgezeichnet. Das Volk war unzufrieden, Baboeuf und seine Freunde hatten mehr Mühe, es zurückzuhalten, als es anzutreiben. Neue freiheitfeindliche Gesetze, welche soweit gingen, Verletzungen der Vereinsgesetze mit dem Tode zu bestrafen, empörten alle Diejenigen, welche noch um die Aufrechterhaltung freiheitlicher Principien besorgt waren. Der Anblick der Verschwendung der Banquiers, der Armeelieferanten und Kaufleute aller Art, die schwindelhaften Speculationen mit den Nationalgütern reizten das Volk auf, welches ohnehin durch die furchtbare Entwerthung der Assignaten, die Theuerung der Lebensmittel und die Arbeitslosigkeit zum Elend verurtheilt war." Wenn man die beiden

Bände der bei Baboeuf confiscirten Schriftstücke durchblättert, geräth man in Erstaunen über die mannigfachen Beziehungen, welche die „Gleichen" in allen Vierteln angeknüpft hatten. Ohne von den Arbeitern zu sprechen, beziffert Buonarotti die organisirten Streitkräfte der Partei auf nicht weniger als 17,000 Mann. Speciell zählt er sie auf, wie folgt: Revolutionäre 4000, Mitglieder der früheren Behörden 1500, Kanoniere 1000, abgesetzte Officiere 500, Revolutionäre der Departements 1000, Grenadiere des gesetzgebenden Körpers 1500, Militairs in Gefängnissen 500, Invaliden 1000, Legion der Polizei 6000.

Das Unternehmen macht auf uns den Eindruck eines Traumes, weil es gescheitert ist, in Wirklichkeit hat es nur an einigen unbedeutenden Umständen gelegen, daß es nicht gelungen ist. Wenn wir auch nicht genau sagen können, was aus dem Gelingen hervorgegangen wäre, so dürfen wir doch im Hinblick auf die historischen und ökonomischen Zustände, die damals im Volke verbreiteten Ideen und den Charakter Derjenigen, die sich an der Spitze der Bewegung befunden haben würden, versichern, daß ein Erfolg ganz unberechenbare Resultate gehabt hätte.

Wir wollen nun sehen, warum das Unternehmen scheiterte.

Alles war vorbereitet, sogar die Exemplare des „Acte insurrecteur" und die Standarten mit der Aufschrift: „Gleichheit, Verfassung von 1793", aber der Ausschuß wollte Nichts dem Zufall überlassen und Nichts unternehmen, ehe Alles geregelt war. Unter Anderem fehlte ihm Geld; die größte Summe, welche der Ausschuß in seinem Besitz gehabt hatte, betrug nach Buonarotti 240 Franken, welche von dem Minister einer befreundeten Republik hergegeben waren. Noch ein anderer Umstand verursachte eine Verzögerung. Der Ausschuß wurde nämlich von dem Bestehen einer ähnlichen Verschwörung benachrichtigt, welche von ehemaligen Conventsmitgliedern organisirt worden war, und deren Zweck es zu sein schien, die Bewegung zu ihrem Nutzen auszubeuten. Man mußte mit ihnen unterhandeln, und dies um so mehr, als zwei der zur Leitung der Bewegung gewonnenen Generäle, Fiou und der ehemalige Revolutions-General Rossignol, mit großem Eifer die Nothwendigkeit einer Verschmelzung betonten. Ferner hielt auch der Umstand die Verschwörung auf, daß Drouet, der Postmeister von Varennes, welcher den Gesinnungen der „Gleichen" sehr zugethan war, von beiden Verschwörungen Kenntniß hatte. Es ist dies derselbe Drouet, welcher s. Z. Ludwig XVI. aufgehalten und später im Convent gesessen hatte. Danach war er in Maubeuge festgenommen und auf den Spielberg geschickt, jetzt aber von österreichischer Seite mit zwei anderen Conventsmitgliedern gegen die Tochter Ludwig XVI. ausgewechselt worden.

Es fand eine Zusammenkunft zwischen dem geheimen Ausschuß und einem Delegirten der Bergpartei statt, welcher durch Germain eingeführt werden sollte. Am 15. Floréal erschien Ricord in Begleitung Germain's und man schlug ihm unter folgenden Bedingungen eine Fusion vor: 1) Wiederherstellung des Convents, der ausschließlich aus den geächteten Mitgliedern der Bergpartei und je einem Demokraten für jedes Departement zusammen gesetzt sein sollte (im Ganzen ungefähr 170 Mitglieder). 2) Unbedingte Unterwerfung unter die durch das aufständische Volk erlassenen Decrete. 3) Unterbringung der Armen in den Häusern der Verschworenen, Vertheilung von Lebensmitteln an die Hülfsbedürftigen, Confiscation der Güter und Mobilien der Aristokraten, unentgeltliche Herausgabe der im Mont de Piété versetzten Gegenstände. 4) Vertreibung der zurückgekehrten Emigranten. 5) Ungültigkeitserklärung aller seit dem 9. Thermidor votirten Gesetze.

An der Spitze der Bergpartei standen Ricord, Laignelot, Choudieu, Amar, Huguet, Javogues, Robert Lindet, welche fast Alle der radicalsten Gruppe des Convents angehört hatten. Sie verwarfen zuerst die am meisten demokratischen der ihnen vorgeschlagenen Bedingungen, schließlich aber erklärten sie sich in Anbetracht der entschlossenen Haltung der „Gleichen" mit Allem einverstanden. Es ist sehr bemerkenswerth, daß unter Denjenigen, welche die Annahme am wärmsten befürworteten, nicht nur Amar sich befand, sondern auch Robert Lindet, der ehemalige Schatzmeister des Wohlfahrts-Ausschusses, welcher, wie Buonarotti erzählt, ausführlich von der Nothwendigkeit sprach, der Revolution einen wirklich volksthümlichen Charakter zu geben, ohne welchen, wie er sagte, dieselbe nur eine Partei-Spielerei sein würde. (Schluß folgt.)

Die Kirche im Zukunftsstaat.*)

Die deutsche Socialdemokratie erklärt programmmäßig die Religion zur „Privatsache". Beobachtet man jedoch das praktische Verhalten der Partei in Dingen der Religion, so zeigt sich ein auffallender und — wie uns scheint — unzulässiger Widerspruch zwischen ihrer Praxis und ihrer Programm-Theorie, ein Widerspruch, der so grell ist, daß man sich fast wider Willen zu dem Urtheil gedrängt sieht, die Erklärung der Religion zur Privatsache, die religiöse Indifferenz und Toleranz stehe nur auf dem Papier der Partei. Es scheint uns nothwendig, daß diesem unklaren Dualismus ein Ende gemacht werde. Hat die Partei ihre triftigen Gründe gehabt, sich nicht als solche zum Atheismus zu bekennen und das gleiche Bekenntniß von ihren Genossen zu fordern, so darf sie logischer Weise auch nicht gestatten, daß einzelne ihrer Agitatoren und Führer **im Namen der Partei** den Atheismus predigen, **im Namen der Partei** die christliche Religion und Kirche verhöhnen und mit Schmähungen, ja zum Theil mit Verleumdungen überhäufen. In ihrem eigenen Namen mögen sie thun und sagen, was ihnen beliebt und was sie glauben verantworten zu können; aber daß sie es **im Namen der Partei** thun, darf diese letztere, sofern sie weiß, was Partei-Disciplin ist, so lange nicht dulden, als in ihrem Programm noch jene Bestimmung steht, welche die Religion zur Privatsache und damit den religiösen Standpunct für etwas hinsichtlich ihrer Angelegenheiten Irrelevantes erklärt. Sie darf ein solches Treiben von Seiten einiger unserer lautesten Sprecher nicht nur nicht dulden, sie muß sich dasselbe vielmehr als ein sie compromittirendes, als ein ihre Principien in der bedenklichsten Weise fälschendes in allem Ernst verbitten. Einer Partei, welche in ihrem Programm die Religion zur Privatsache erklärt, steht es schlecht an, eine Agitation zu organisiren, oder auch nur in ihrem Namen organisiren zu lassen, deren Zweck dahin geht, den Massenaustritt aus der Kirche herbeizuführen. Ihre eigene Logik sollte es ihr verbieten, die Logik der Welt zu provociren. Sollte aber die Partei, welche so mit sich in Zwiespalt gerathen ist, an dieser von ihr geübten Praxis in Sachen der Religion dennoch festhalten wollen: nun, so fordern wir von ihr, daß sie den Muth habe, jene Bestimmung aus ihrem Partei-Programm zu streichen und statt derselben das Bekenntniß des Atheismus und das Princip der Bekämpfung des Christenthums in dasselbe aufzunehmen. Die Situation der Partei hat sich in jüngster Zeit zu einer solchen gestaltet, daß sie eins von beiden thun muß, wenn man ihr nicht mit Recht soll nachsagen können, daß sie selbst nicht wisse, was sie wolle: sie muß entweder auf Grund ihres bisherigen Programms jede in ihrem Namen betriebene atheistische und antikirchliche Agitation untersagen, oder sie muß, um letztere zu ermöglichen, ihr

*) Dem Zwecke dieser Zeitschrift gemäß, jeder in wissenschaftlichen Formen auftretenden Meinung innerhalb der Socialdemokratie ihre Spalten zu öffnen, haben wir auch dem nachfolgenden Artikel die Aufnahme nicht versagt, wollen aber damit nicht für Alles in demselben Enthaltene eine solidarische Verantwortlichkeit den Parteigenossen gegenüber übernehmen.

Die Red.

Programm in dem bezeichneten Puncte ändern.

Welchen der beiden Wege die Partei einzuschlagen habe, darüber wird sie sich am leichtesten klar werden, wenn sie sich vergegenwärtigt, welche triftigen Gründe es waren, die sie bei Festsetzung ihres Programms veranlaßten, jene Bestimmung in dasselbe aufzunehmen, und wenn sie zu einem Urtheil darüber zu gelangen sucht, warum Gründe, welche damals triftig waren, es heute nicht mehr sein sollen.

Es sind zunächst Gründe der Taktik gewesen, welche zu jener Bestimmung geführt haben. Man ging von dem Gesichtspunct aus, daß es der Propaganda nicht zuträglich sei, wenn die Majorität der Partei der letzteren ohne Maske ihre Ueberzeugung in Sachen der Religion aufdrängen wollte; man wollte die Partei nicht einer lediglich in diesem Puncte anders gesinnten Minorität und eines derselben gleichartigen Zuwachses für die Zukunft berauben, indem man es für naturgemäß hielt, daß der Atheismus von selbst in der Partei die Oberhand behalten und schließlich auch jene Minorität durchsäuern werde.

Wir sehen hier ganz davon ab, ob diese Hoffnung an sich eine schöne ist; wir halten uns nur an die Frage, ob Grund vorhanden ist, die bei Feststellung des Programms zur Geltung gekommenen Begriffe über das der Propaganda Förderliche heute umzukehren. Welche Aenderungen in der Situation sind denn eingetreten, um eine solche Umkehrung zu rechtfertigen? Nur wenn die Welt im Großen und Ganzen, wenn namentlich die Wissenschaft inzwischen atheistischer geworden wäre, könnte man mit einem Schein des Rechtes auf den Gedanken kommen, daß es für die Propaganda nützlich sei, diese immer stärker werdende atheistische Strömung des Zeitgeistes und der Wissenschaft dadurch zu benutzen, daß man das Segel dieses Zeitgeistes auch an dem Fahrzeug der Partei befestige. Allein dem ist mit nichten so. Es gehört kein sehr scharfes Auge dazu, um zu erkennen, daß gerade in der Wissenschaft — wir reden namentlich von der Naturwissenschaft und von der Philosophie — ein bedeutungsvoller Stillstand, ja zum Theil ein Umschwung in der bis dahin den religiösen Problemen gegenüber beobachteten Haltung eingetreten ist, daß die namhaftesten Forscher anfangen, der materialistischen Erklärungsweise den Rücken zu kehren oder doch mindestens sich zu einer wissenschaftlichen Nüchternheit und Vorsicht herabzustimmen, mit welcher sie sich lieber schon vor Jahrzehnten hätten schmücken sollen. Es liegt ganz in der Natur der Sache, daß die Weltanschauung der großen, der eigentlichen Forschung fernstehenden Massen derjenigen der strengen Wissenschaft nachhinkt, daß es der Jahre, ja der Jahrzehnte bedarf, um die Gedanken der Forscher durch alle Schichten der Gesellschaft durchsickern zu lassen. So kann es denn nicht Wunder nehmen, wenn wir den trivialen und widersinnigen Gedanken des Materialismus heute von den Massen als tiefste Weisheit angestaunt sehen, während die wahrhaften Denker nachgerade anfangen, sich dessen zu schämen, daß sie sich jemals von demselben dupiren lassen konnten. Ist dem aber also, so wird auch diese neue wissenschaftliche Sinnesänderung einmal zu den Massen durchsickern, welche jetzt noch urtheilslos und geschmacklos sich an der materialistischen Doctrin berauschen, als wäre sie Nektar, während sie doch in der That das einzige Geistesproduct ist, hinsichtlich dessen Carl Vogt's unästhetische Vergleichung des Gedankenprocesses mit einem körperlichen Vorgange einiges Zutreffende hat. Wenn nun aber dieses Stadium der Gesammtentwickelung — der Natur der Dinge nach — erst einmal eingetreten sein wird: wie wird es dann um die Propaganda stehen? Ein weiser Politiker rechnet nicht blos mit den Factoren der Gegenwart, sondern auch

mit denen der Zukunft, zumal wenn es sich ankündigt, daß diese Zukunft keine allzuferne ist. Sollte, was von dem weisen Politiker überhaupt gilt, von dem eigentlichen „Zukunfts"-Politiker weniger gelten?

Allein es ist nicht einmal nöthig, warnend auf die Zukunft hinzuweisen. Schon in der Gegenwart würde die Propaganda der Partei durch eine Aenderung des Programms in der angegebenen Richtung tief geschädigt werden*); schon in der Gegenwart wird sie tief geschädigt durch die vorhin gerügte, dem Programm widersprechende Praxis. Es läßt sich nicht feststellen, wie viele neue Anhänger die Partei durch Anwendung dieses specifischen programmwidrigen Mittels einer von vielen ihrer Genossen und Organe betriebenen antireligiösen Agitation erworben haben mag und noch täglich erwerben mag; allein die Zahl derselben mag so groß sein, wie sie wolle: in jedem Falle ist es ein gründlich falsches Exempel, nur diese in Rechnung zu stellen und nicht zugleich auch jene, welche gleichzeitig durch eben dieses Agitationsmittel, sowie durch die besondere Art der Applicirung desselben, von der Partei ferngehalten und zurückgestoßen werden, **obgleich sie mit den rein socialistischen Theilen des Programms völlig übereinstimmen.** Auch ist Derjenige bekanntlich ein schlechter Rechner, welcher die ihm zuwachsenden Stimmen nur zählt, statt sie zu wägen. Wenn eine Partei 100 Anhänger gewinnt und zugleich 10 verliert, so kann dies unter Umständen ein herzlich schlechtes Geschäft sein. Sind die 100, die sie gewonnen hat, lauter Einer, die 10 aber, die sie verloren hat, lauter Hunderter: so scheint zwar die Partei ein Plus von 90 zu haben, in Wahrheit aber hat sie ein Minus von 900, welches die Zukunft — allem Schein ein Ende machend — dann in erschreckender Weise herausstellen wird. Kommt dieses Deficit der Partei noch nicht zum Bewußtsein, weil immerhin ihre Propaganda eine große und wachsende ist: so ist es nichtsdestoweniger vorhanden, sobald nur dies wahr ist, daß ihre Propaganda, sie sei so groß wie sie wolle, eine noch zehnmal größere sein würde, wenn sie sich nicht selbst durch programmwidrige Agitation in Dingen, welche den Kern ihrer Bestrebungen eigentlich gar nichts angehen, in leichtfertigster Weise von Seiten einer großen Anzahl ihrer Organe selbst um die Verzehnfachung ihrer Propaganda bringen ließe. Wir vermögen es nicht, die Summe all' der Einer zu berechnen, welche z. B. in Folge der seit Entstehung der „staatssocialistischen" Partei der Welt zum Besten gegebenen Schauspiele der Socialdemokratie zugewachsen sein mögen; sollten aber die Parteigenossen an der Zahl dieser Einer ihre Phantasie aufzuregen geneigt sein, so fühlen wir unsererseits uns doch verpflichtet, zu ihrer Ernüchterung dadurch beizutragen, daß wir ihnen aus unserer eigensten Erfahrung heraus die Kehrseite zu diesem Zuwachs an Einern, die thatsächliche Einbuße an Hunderten vor Augen führen. Was uns berechtigt, die Hinzugekommenen als Einer zu bezeichnen? Hoffentlich das eigene Gewissen der Führer der „wissenschaftlichen" Socialdemokratie. Wer unter ihnen glaubt es, daß durch ein so wenig gebildetes Vorgehen, wie es im Namen der Partei stattgefunden hat, auch nur ein einziger gesellschaftlich Einflußreicher, ein einziger wissenschaftlich und sittlich Gebildeter, ein einziger an Selbstbeherrschung und Sitte Gewöhnter und die Gefühle und Anschauungen anderer Menschen Achtender hätte gewonnen werden können? Also: nur Einer, wenn nicht Nullen oder gar negative Größen. Die Einbuße dagegen liegt uns persönlich vor Augen. Wir sind in einer deutschen Mittelstadt

*) Soviel uns bekannt, liegt die Absicht einer derartigen Aenderung, die auch wir tief beklagen würden, nicht vor. Die Red.

— zugleich Universitätsstadt — seit Jahren bemüht, in einflußreichen Kreisen die über die Socialdemokratie bestehenden Vorurtheile zu zerstreuen, das, was man ihr nachschmähet — insonderheit ihre atheistische Tendenz und die ungebildete Art ihrer Behandlung der religiösen Frage — wie auch Schäffle dies thut, als „Beiwerk" darzustellen und das Interesse für die wichtigen ökonomischen Ziele derselben zu erwecken: da kommt denn auf einmal dieser oder jener tactlose Artikel in irgend einem der praktisch-politischen Parteiblätter, da kommt denn auf einmal irgend ein neues sinniges Product der bekannten Blut-Lyrik, da kommen denn auf einmal jene ohrenbetäubenden Wuthausbrüche „socialdemokratischer" Theologie und strafen uns Lügen und machen lange Bemühungen mit einem Schlage zu nichte, nur der höhnenden Frage noch Raum lassend: „Ist das Alles noch Beiwerk?" Wir haben lange, nicht ohne einen gewissen Erfolg, uns der Socialdemokratie, wo sie geschmähet wurde, angenommen; nun aber haben die undisciplinirten Auswüchse — denn als solche müssen wir sie vom Standpunct des Programms aus bezeichnen — es dahin gebracht, daß wir es nicht mehr wagen dürfen, hier als Apologet der Partei aufzutreten, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, daß man uns mit Mienen, wie man sie nicht gern auf sich bezieht, den Rücken kehre; und wenn wir nicht — was schlimmer ist — in die Lage kommen sollen, solchen Mienen gegenüber in unserem Herzen sagen zu müssen: „Es ist anständigen Leuten von mancher Seite her Anlaß gegeben worden, solche Mienen zu machen." So steht es; und nun fragen wir, ob diese programmwidrige Taktik — ganz abgesehen von ihrer sittlichen Beurtheilung — ob sie klug ist. Nein, sie ist nicht klug; und die Partei hat unseres Erachtens nichts Wichtigeres und Eiligeres zu thun, als den Halbgebildeten unter ihren Agitatoren und der Zügellosigkeit eines Theiles ihrer Presse ein energisches Halt zuzurufen und sie auf das Programm zu verweisen, damit sie nicht fortfahren, in der muthwilligsten Weise die Propaganda unter Denen, die da denken, zu vernichten, damit sie unter Denen wachse, die da brüllen.

Welchen Schaden die Partei sich damit thut, wenn sie es geschehen läßt, daß in ihrem Namen eine atheistische Agitation der wüsten Leidenschaft und des blinden Fanatismus betrieben wird, dafür liegen Symptome von allgemeinerer Bedeutung und Erkennbarkeit vor Augen. Was ist denn z. B. aus der mit so vielem Eclat in Scene gesetzten Agitation für „Massenaustritt aus der Kirche" geworden? Der Erfolg derselben ist, wenn man ihn auch nur an der Gesammtzahl der Partei mißt, ein wahrhaft lächerlicher. Was in aller Welt nöthigt die Partei dazu, ihr Ansehen durch so unbedachte Experimente ruiniren zu lassen? Je mehr Gewicht sie auf diese Agitation zu legen schien, desto größer mußte durch die Verunglückung derselben der Eindruck der Impotenz der Partei in dieser Richtung werden. Sollte diese Erfahrung nicht in der That geeignet sein, der Partei die Augen darüber zu öffnen, daß sie sich auf die religiöse Frage nicht verstehe und daher am besten thue, sich mit derselben nicht zu befassen und die theologischen Allotria in ihren Versammlungen zum Schweigen zu bringen? Wir sagen dies mit dem Bewußtsein, daß es einer großen Partei, unter deren Principien solche von unbezwinglicher Kraft sind, nichts schaden, wohl aber vieles nützen kann, wenn sie selbst mit schonungsloser Hand ihre Schäden aufdeckt, Willkürliches und Unorganisches aus sich ausscheidet und mit wachsender Klarheit und Kraft sich auf dasjenige Streben concentrirt, in welchem sie wahrhaft unbezwinglich ist. Fahren wir daher unverdrossen hierin fort! — Das, was zu dieser Austritts-Agitation den Anlaß gegeben hat, die Entstehung der „staats-

socialistischen" Partei — das ist selbst schon ein Werk fehlerhafter Neben-Tendenzen der Socialdemokratie, und so erzeugt auf diesem Boden ein verhängnißvoller Fehler den anderen. Der, wenn auch nicht programmmäßig, so doch factisch vorhandene socialdemokratische Atheismus und antireligiöse Fanatismus hat den hoftheologischen Staatssocialismus hervorgerufen und mußte ihn mit innerer Nothwendigkeit hervorrufen. Wir sind nun freilich der Meinung, daß der Staatssocialismus der Socialdemokratie zunächst in keiner Weise schaden, daß er ihr vielmehr von großem Vortheil sein, daß er unentwickelte Keime der socialistischen Idee in einflußreiche Kreise des Volkes hineintragen wird, die für die consequente und klare Ausgestaltung dieser Idee, welche zum „Zukunftsstaat" hinführt, noch lange unzugänglich bleiben würden: Keime, welche einst zu einem unberechenbaren Wachsthum gelangen können; nichtsdestoweniger sind wir ebenso sehr überzeugt, daß die Wirksamkeit des Staatssocialismus nur dann zu Gunsten der Socialdemokratie ausschlagen kann, wenn die letztere sich unzweideutig und klar über den sectirerischen Particularismus erhebt, welcher der entgegengesetzten socialistischen — oder doch wenigstens socialisirenden — Secte das Dasein gegeben hat, und wenn sie dadurch eine universale Zusammenfassung aller wahrhaft socialistischen Kräfte ermöglicht.

Daß die Socialdemokratie in ihrer dermaligen Erscheinung, vom rein socialistischen Standpunct aus angesehen, noch etwas Particularistisches, Seltenartiges an sich hat, was sie von sich wird abstreifen müssen: das scheint uns evident zu sein. Wir wollen für diesmal dieses Sectirerische — unserem Thema gemäß — nur nach der einen Richtung, nach der religiösen hin, constatiren. Die Thatsachen lehren es unzweifelhaft, daß man ebenso gut vom christlichen Standpunct aus Socialdemokrat, wie vom antichristlichen, atheistischen Standpunct aus Socialisten-Fresser sein kann. Ist doch der antisocialistische Liberalismus im Allgemeinen nicht weniger materialistisch und atheistisch, als die Socialdemokratie; ist es doch sogar möglich — wie das Beispiel eines berühmten Berliner Physiologen zeigt — vom materialistischen Standpunct aus zu einer wissenschaftlichen und politischen Denkweise zu gelangen, für welche eine Universität wie die Berliner sich zum „geistigen Leibregiment der Hohenzollern" gestaltet. Sollte nicht diese Erwägung allein schon hinreichen, es zur deutlichen Erkenntniß zu bringen, daß die Stellung zu den religiösen und metaphysischen Grundproblemen — ich sage nicht: die Stellung zur Confession oder zum „Pfaffenthum" — etwas für das socialistische Princip Irrelevantes ist, daß die Meinung, die Socialdemokratie müsse nothwendig auch materialistisch und atheistisch sein, eine antiquirte oder eine zu antiquirende ist? Ja, ist es nicht einleuchtend, daß die materialistisch-atheistische Neben-Tendenz socialdemokratischer Praxis der Partei eine große Anzahl idealistisch-religiös gesonnener Gesinnungsgenossen entfremdet, ohne ihr auch nur einen einzigen materialistisch-atheistischen Gegner zuzuwenden? Wenn nun eine religiöse oder politische Genossenschaft in ihrer Theorie (Bekenntniß, Programm) oder in ihrer Praxis Dingen, die mit dem Grundprincip nichts zu schaffen haben, ein ungebührliches Gewicht beilegt, wenn sie einseitige Lehren mit Fanatismus zu trennenden Unterschieden macht und dadurch Spaltungen herbeiführt und eine ungeheuere Zahl der schätzenswerthesten Kräfte, welche gern für dasselbe Grundprincip arbeiten würden, von sich abstößt und ausschließt: so ist dies das Thun einer Secte, nicht das einer besonnen und klar — geschweige denn klug — denkenden Partei. Es ist nun wohl möglich, daß eine Secte ein

großes Feuer anzünden kann, welches eine Zeit lang lichterloh brennt: zuletzt aber wird es sich — wie sehr auch die Sectirer meinten, ewige Flammen geschürt zu haben — als ein Strohfeuer herausstellen. Der Fanatismus setzt ja schnell in Flammen und frißt rapide um sich; aber von nachhaltiger, dauernder Kraft ist er nicht, und schaffen wird er überhaupt nichts, geschweige denn etwas Beglückendes.

Das nun meinen wir unseren socialdemokratischen Gesinnungsgenossen zur Erwägung anheimstellen zu sollen, ob die socialdemokratische Partei in ihrer dermaligen Erscheinung von diesem sectirerischen Geiste ganz frei ist. Sie wird diese Frage insonderheit der Philosophie und der Religion gegenüber zu prüfen haben. Sie wird einen praktisch wirksamen Ausgang für diese Prüfung durch die Ueberlegung gewinnen, ob nicht viele gut socialistische, aber nicht in Fanatismus verrannte Geister durch fortgesetztes Toben gegen Religion und Idealismus, durch fortgesetzte Zügellosigkeit eines Theiles der Partei-Presse und der Partei-Muse mit der Zeit der Partei nothwendig entfremdet, ob sie nicht gar, ungeachtet alles in ihnen vorhandenen geheimen Grauens vor der und Widerwillens gegen die Hof- und Staats-Theologie, dem „Staatssocialismus" in die Arme gedrängt oder zur Bildung einer dritten socialistischen, einer wahrhaften „universalsocialistischen" Partei werden genöthigt werden. Auch das wolle man erwägen, daß ein solches sectirerisches Treiben nicht nur einen Verlust an Mitglieder-Zahl, sondern — was eben so schlimm ist — eine Vergeudung von Kraft in sich schließt, indem man sich in unfruchtbaren und schädlichen Allotriis zersplittert, statt sich auf das Gebiet zu concentriren, auf welchem die Bedeutung der Socialdemokratie unanfechtbar ist, auf das socialpolitische im eigentlichen Sinne. Daß es sich in der gegenwärtigen Situation für die Socialdemokratie um die nothwendige Entscheidung handelt, ob sie hinsichtlich der Behandlung der religiösen Frage, ihrem Programm getreu bleibend, über ihre Praxis das Urtheil fällen will, daß dieselbe sich zum großen Theil in Extravaganzen und Auswüchsen bewegt, und daß in Zukunft eine antireligiöse Agitation und Debatte von Parteiwegen zu unterbleiben habe; oder aber, ob sie, sich auf den Standpunct einiger Agitatoren stellend, selbst in ihr Programm die atheistische und antireligiöse Tendenz aufnehmen und sich dadurch zu einer Secte vollenden will: das scheint uns vor Augen zu liegen. Wer unter den Parteigenossen diese Alternative im letzteren Sinne zu entscheiden entschlossen sein sollte: mit dem vermögen wir unsererseits wenigstens uns nicht mehr zu verständigen; und wir glauben, daß dieser Standpunct nicht nur von uns allein eingenommen wird. Die Entscheidung im ersteren Sinne würde für die Partei wahrlich nichts Beschämendes haben; sie würde derselben die Größe objectiver Selbstbeurtheilung und unbedingtesten Wahrheitsstrebens aufprägen, deren kein Verständiger spotten würde.

Der fanatische Haß, welchem das Christenthum in socialdemokratischen Versammlungen und Organen so vielfach begegnet, erscheint um so wunderlicher, je häufiger man andererseits findet, daß socialdemokratische Redner und Schriftsteller wenigstens dem Stifter des Christenthums eine gewisse — allerdings durch ein meist recht mangelhaftes Verständniß getrübte — Gerechtigkeit widerfahren lassen. Es ist eine offenbare Ungeheuerlichkeit, Jesum als den ersten Socialdemokraten zu bezeichnen; aber ebenso offenbar ist es, daß die Socialdemokratie keine Metaphysik oder Religion erfinden könnte, welche geeigneter wäre, ihren Bestrebungen, soweit dieselben auf Befreiung des individuellen Lebens von der tyrannischen Uebergewalt bevorzugter Individuen und Stände gerichtet sind, in

den Tiefen der Gemüther eine festere und belebendere Grundlage zu geben, als die Lehre Jesu und der Apostel von der auf dem gemeinsamen Grunde gleicher Gottentsprossenheit beruhenden Solidarität aller Menschen mit ihrer dreifachen Consequenz der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Es ist freilich wahr, daß es sich hier zunächst um eine ideelle Solidarität, um eine ideelle Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit handelt; allein es ist vollkommen ebenso wahr, daß diese ideelle, religiös-ethische Solidarität die Tendenz zur realen Solidarität auch in den rein weltlichen Lebensbedingungen in sich hat, und daß erst die aus der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit in der Gesinnung mit Nothwendigkeit erwachsende Freiheit und Brüderlichkeit in den gesammten Lebensverhältnissen, ohne welche jene im letzten Grunde etwas Heuchlerisches bleibt, die volle Realisirung christlicher Anschauung ist. Man sollte nun denken, es müßte der Socialdemokratie ein Eminentes daran liegen, eine den Erdkreis umfassende internationale Organisation — wie es die Kirche nun doch einmal ist — von solchem Geiste getragen und beseelt zu sehen; und wenn sie findet — was wir unsererseits ihr allerdings nicht bestreiten wollen — daß dies factisch nicht der Geist derselben ist, sondern daß dieser Urgeist nahezu dem entgegengesetzten Geiste Platz gemacht hat: so können wir es weder für logisch, noch auch für gerecht, noch auch für weise halten, diesen Zustand schlechtweg dem Christenthum zur Last zu legen und diesen ungeheuren Organismus, an welchem so viele Jahrhunderte gearbeitet haben, und der — richtig umgestaltet — für das Interesse der Socialdemokratie von so eminenter Wichtigkeit werden kann, darum tödten zu wollen, weil er so tief krank ist. Jeder Socialdemokrat, welcher weiß, welches der Geist Jesu und des Urchristenthums ist, sollte sich erinnern, daß dieser kranke Organismus eine gesunde Wurzel hat, und sollte daher nicht den Tod, sondern die Heilung desselben wünschen. Die Krankheit des Organismus, von welchem wir reden, ist auf der einen Seite der Papismus, auf der anderen der Cäsaropapismus, vermittelt durch das Staats- und Hof-Theologenthum, auf beiden Seiten also das „Pfaffenthum"; die Heilung ist die Wiederherstellung des Geistes Jesu — natürlich in einer auf consequenter Weiterbildung beruhenden Ausprägung — und eine volksthümliche, alles Pfäffische ausschließende Organisation. Man sollte nach diesen Ausführungen meinen, die Socialdemokratie verstünde sich besser auf ihren Vortheil, wenn sie, statt ihrer maßlosen Befehdung des „Christenthums" sich weiter zu überlassen, die Reform der Kirche im Geiste Jesu auf ihr Progrvmm schriebe. Ohne Zweifel wäre dies der Fall; dennoch ist es dies nicht, wozu wir sie aufrufen möchten, auch dann nicht, wenn wir hoffen dürften, Gehör zu finden. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß es besser ist, die beiden großartigen Bewegungen, die sociale und die kirchliche, getrennt von einander und unvermischt mit einander zu erhalten. So viel wir sehen, hat eine Mischung beider, so oft sie eingetreten ist, immer nur eine trübe Gährung erzeugt, welche nach beiden Seiten hin die Klarheit des Urtheils und die Besonnenheit raubt. Dies also ist es nicht, was wir wünschen — der Staatssocialismus versucht es ja schon auf seine Weise, und er wird auch zeigen, wozu das führt. Was wir wünschen und wozu wir aufrufen möchten, das ist dies, daß gewisse Socialdemokraten aufhören mögen, dem Christenthum gegenüber sich in ähnlicher Weise zu verhalten, wie der Stier, wenn ihm ein rothes Tuch vorgehalten wird; daß sie sich bemühen mögen, ein objectiveres Urtheil über das Christenthum zu gewinnen, und daß sie dasselbe mit indifferentem Gleichmuth, ja mit Hoffnung, seiner eigenen Entwickelung,

die sie ihrerseits direct weder zu hemmen noch zu fördern vermögen, überlassen, um nicht durch einen thörichten, ganz außerhalb der Sphäre des Partei-Interesses liegenden Kampf lediglich die Partei selbst zu schädigen. Es wird mit Nothwendigkeit der Tag kommen, an welchem aus dem eigenen Innern der Kirche die seit lange vorbereitete Krisis über sie hereinbrechen wird, um allem Pfaffenthum ein gründliches Ende zu machen und ihr den ursprünglichen Geist zurückzugeben.

Wir wissen sehr wohl, daß es umsonst ist, durch Demonstration und Erörterung Antipathie gegen Religion in Sympathie umwandeln zu wollen. Wir gehen darauf auch gar nicht aus, weil uns eine religiöse Signatur der socialdemokratischen Partei als solcher ebenso unlieb wäre, wie die antireligiöse es ist. Wir wissen es, daß die große Mehrzahl der Socialdemokraten auf unabsehbare Zeit hin atheistisch bleiben wird; denn atheistisch ist — durch die Schuld der Kirche — vielleicht das ganze Volk in seiner Mehrzahl. Dennoch wünschen wir, daß die Partei gerecht sei — gerecht auch in dieser Hinsicht. Ist Gerechtigkeit doch das große Princip, auf welchem sie ruht. Die große Mehrzahl soll sich besinnen, daß eine ungeheuer zahlreiche Minderheit da ist, welche in religiöser Hinsicht anders denkt als sie; sie soll sich besinnen, daß das religiöse Bedürfniß im Volksleben vorhanden, daß es ein starker Factor ist, mit dem man rechnen muß — das religiöse Bedürfniß, welches mit „Pfaffenthum" nichts zu thun hat. Es ist eine Beschränktheit, Bedürfnisse und Triebe, die man an seiner eigenen Person nicht kennt, auch an anderen Personen nicht kennen und anerkennen, sie aus Dummheit, Täuschung, Betrug herleiten zu wollen. Es ist das eine Beschränktheit, die zu einer unerträglichen Härte führen muß. Diese Erwägung im Zusammenhang mit allem bisher Erörterten wird zu der richtigen Entscheidung anleiten, wenn es sich um die Frage handelt, ob „die Kirche" im „Zukunftsstaat" Raum habe. Wir werden diese Frage bedingungsweise bejahen müssen. Muß die Realität des religiösen Triebes und Bedürfnisses im Volksleben anerkannt werden, nun so muß auch zugestanden werden, daß Diejenigen, in welchen dieses Bedürfniß, dieser Trieb lebendig ist, sich zu einer Gemeinschaft ordnen, um durch dieselbe und in derselben diesem Bedürfniß Genüge, diesem Triebe Pflege nnd Förderung zu schaffen und ihm die Richtung zu geben. Was ist eine solche Gemeinschaft anders als „Kirche"? So dürfte es wohl klar sein, daß der Kirche allerdings der ihr nothwendige Raum, die ihr nothwendige freie Luft im „Zukunftsstaat" zuzugestehen ist. Aber allerdings nicht ohne jegliche Bedingung. Der Zukunftsstaat soll auf demokratischer Ordnung der Dinge beruhen. Er wird in sich kein Gebilde, keinen Organismus, keinen Körper im Körper dulden dürfen, welcher mit dem „demokratischen" Geiste in Widerspruch steht, keine Anstalt der Verknechtung, Verdummung und Heuchelei. Er wird keine Kirche in sich dulden können, die nicht selbst auf demokratischer Grundlage ruht, keine, die nicht ein echtes Product des freien religiösen Volksgeistes ist, keine, welche den außer ihr stehenden Bürgern — oder auch nur ihren eigenen Gliedern — irgend welche physische oder auch nur geistige Gewalt anthut oder anzuthun vermöchte. Daß die Socialdemokratie die bestehenden Kirchen mit Mißfallen und tiefer Antipathie anblickt, ist nicht zu verwundern; es wäre vielmehr zu verwundern, wenn dies anders wäre: sie sind nicht fähig, in den „Zukunftsstaat" einzugehen. Es wäre eine auf Ignoranz und Unbildung beruhende Barbarei, die „Theologie" und die „Theologen" wegschaffen und eine Kirche ohne „Theologen" und ohne „Theologie" fordern zu wollen. „Theologen" sind nicht „Pfaffen" und „Pfaffen" sind nicht „Theologen".

Nur Mangel an Bildung kann beides verwechseln. Eine Kirche ohne Theologie wäre wie ein Staatswesen ohne politische Wissenschaft. Eine Kirche ohne Theologie würde mit Nothwendigkeit in rabenschwarze Nacht versinken. Es ist doch leicht verständlich und sollte unter wissenschaftlich Gebildeten keiner Erörterung bedürfen, daß die Theologie eine Wissenschaft, eine nothwendige Wissenschaft ist, und daß man daher auch die „Theologen" wird in den Kauf nehmen müssen, sofern sie nur wahrhaft Theologen sind, die diesen Namen verdienen, statt ihn zu schänden. Es ist unbestreitbar, daß religiöse Regung, religiöses Denken, praktisch-religiöses Verhalten in der Welt gewesen ist, so lange der Mensch da ist; es ist unbestreitbar, daß es auf dem ganzen Erdboden von allen Zeiten her gefunden worden und noch gefunden wird. Nur wissenschaftliche Rohheit kann eine Erscheinung von solcher Allgemeinheit für etwas außerhalb des Menschenlebens Liegendes, für eine willkürliche Erfindung, für Priestertrug erklären. Wer das thut, ist nicht gebildet genug, um über Theologie sprechen zu können; denn er weiß nicht — was jeder Gebildete wissen sollte — daß nicht das Priesterthum die Religion, sondern daß die Religion das Priesterthum hervorgebracht hat; denn es ist nachweisbar, daß das Priesterthum späteren Ursprungs ist, daß anfänglich Jeder sein eigener, der Hausvater der Priester der Familie war. Ist nun die Religion eine im Menschenwesen begründete Erscheinung von solcher Allgemeinheit: nun, so ist sie ein nothwendiger, ein höchst würdiger Gegenstand wissenschaftlicher Forschung. Bedenkt man noch dazu, welche ungeheueren geschichtlichen Wirkungen von der Religion ausgegangen sind, wie in ihr der Herzschlag des gesammten geschichtlichen Lebens liegt, auch da, wo dasselbe sich von ihr zu entfernen scheint, so kann dies nur dazu dienen, die Wichtigkeit dieses Wissenschaftsobjectes zu erhöhen. Daß die Wirkungen nicht immer heilsame, daß sie oft abscheuliche gewesen sind, vermag dagegen nichts, da sich leicht zeigen läßt, daß man es, wo solche Wirkungen vorliegen, entweder mit ganz elementaren Stufen, oder mit Degenerationen der religiösen Entwickelung, oder mit einem Mißbrauch zu thun hat, der mit der Religion getrieben wird. Man mag aber darüber urtheilen, wie man wolle: doch wird man zugestehen, daß auch die religiöse Entwickelung der Menschheit, wie Alles, ihren ganz bestimmten Gesetzen unterliegt, und daß es eine nothwendige wissenschaftliche Aufgabe ist, diesen gesetzmäßigen Entwickelungsgang zu erforschen, da nichts Menschliches, ja überhaupt nichts im Reiche der Erscheinungen der Forschung fremd bleiben darf. Wer die ganze Fülle der Natur-Erscheinungen in ihrem gesetzmäßigen Zusammenhange und Verlaufe erforscht und die gewonnene Erkenntniß zur Grundlage für praktische Beherrschung und Verwerthung des Naturlebens macht, den nennen wir einen Naturforscher. Wer den geschichtlichen Entwickelungsgang der Gesetze und der Rechtsinstitutionen erforscht, aus demselben ein System von Rechtsbegriffen abstrahirt und dasselbe zur Grundlage für die praktische Gesetzgebung und Gesetzanwendung macht, den nennen wir einen Juristen. Wer den gesetzmäßigen Proceß der religiösen Entwickelung erforscht, aus demselben ein System religiöser Ideen abstrahirt — den ruhenden Pol in der Flucht auch dieser Erscheinungen, das Bleibende im Veränderlichen suchend und wer dasselbe zu einem Regulativ für das religiöse Leben der Gegenwart, für das der Zukunft macht: den werden wir also einen Theologen nennen müssen. Dann aber ist es klar, daß die Kirche der Theologen ebenso wenig wird entrathen können, wie die Welt der Naturforscher, Juristen ꝛc., daß sie ohne sie in Unbildung und Rohheit versinken würde, die dann nothwendig alle jene traurigen

Wirkungen im Gefolge haben müßte, die man jetzt auf Rechnung der Religion selbst zu setzen gewohnt ist. Eine Kirche ohne Theologen wird die Socialdemokratie also nicht fordern dürfen, wohl aber eine Kirche ohne „Pfaffen". Was wir unter einem Theologen verstehen, haben wir gesagt; unter einem „Pfaffen" aber verstehen wir einen Pseudo-Theologen, einen solchen, welcher die theologische Wissenschaft fälscht und die gefälschte Theologie — aus welchen Motiven auch immer — zur Knechtung der Geister anwendet, die Kirche, deren Element die Geistesfreiheit sein sollte, zu einem Werkzeuge der Verknechtung herabwürdigend. Dieses Pfaffenthum ist es gewesen, welches von jeher alles Das angerichtet hat, dessentwegen man die Religion schmähet und der Kirche flucht. Dieses Pfaffenthum klage man an: so thut man ein frommes Werk daran!

Ziehen wir aus unseren Erörterungen das Resultat, so werden wir sagen müssen: die Socialdemokratie kann die Kirche in ihrem Zukunftsstaat zulassen; sie kann dieselbe auch in dem Falle zulassen, wenn letztere meint, der Theologen nicht entbehren zu können; aber nur dann kann sie dies, wenn diese Kirche durch ihre Einrichtungen Garantie bietet, daß ihre Theologen nicht zu Pfaffen werden können, Garantie, daß das „Pfaffenthum" in ihr keinen Platz habe, sondern unwiederbringlich ausgeschlossen sei. Die meisten unserer Leser mögen bezweifeln, daß eine solche Kirche möglich sei. Wir können sie nur bitten, es abzuwarten, ob sie Recht haben. Die Herstellung einer solchen Kirche ist jedenfalls ein Problem, welches nicht die Socialdemokratie, sondern die bestehenden Kirchen selbst zu lösen haben; jener bleibt in diesem Puncte das Abwarten, dieser die Arbeit. Zu den bestehenden Kirchen wird also die Socialdemokratie sagen: „Euch können wir nicht zulassen, euch werden wir aufheben. Sehet zu, ob ihr es vermögt, euch so umzuwandeln, daß wir es nicht mehr nöthig haben, euch auszuschließen. Wenn ihr dies Problem gelöst habt, dann kommt und sucht in unserem „Zukunftsstaat" das Bürgerrecht nach!"

Noch ein wesentlicher Punct bleibt zur Erörterung übrig. Die Erklärung der Religion zur „Privatsache" wird von Seiten der Parteigenossen meist so aufgefaßt, daß damit gesagt sein solle, die Mittel, welche zur Bestreitung der religiösen Bedürfnisse, zur Unterhaltung und Förderung der Kirche erforderlich sein werden, seien von Privaten aufzubringen, von denjenigen Privaten, welche an der Kirche ein Interesse haben; für den Zukunftsstaat aber sei es eine beleidigende Zumuthung, wenn man von ihm fordern wolle, aus seiner Kasse solche Bestrebungen, wie die der Kirche, gar noch unterstützen und fördern zu wollen. Es ist uns unverständlich, wie ein Socialdemokrat so reden kann. Jeder Socialdemokrat sollte doch wissen, daß die Privaten im Zukunftsstaat keine Mittel haben werden, keine Mittel, welche über die Bestreitung der Bedürfnisse ihrer eigenen Person und ihrer eigenen Familie, wie sie aus der individuellen Situation derselben erwachsen, hinausgehen; jeder Socialdemokrat sollte doch wissen, daß deshalb im Zukunftsstaat alle Institute, deren Bestehen nöthig ist, um gewisse gemeinsame Bedürfnisse des Volksganzen oder größerer Gruppen und Massen innerhalb desselben zu befriedigen, aus Staatsmitteln werden geschaffen und unterhalten werden, und daß ohne diese Staatsmittel ihre Existenz unmöglich ist, daß also die Erklärung der Religion zur „Privatsache" in diesem Sinne nichts als eine euphemistische Phrase wäre, deren wahre Bedeutung die Vernichtung der Kirche und der Religion ist. Wie alle anderen Institute, welche den höheren Interessen des Volkes dienen — die zur Förderung der Wissenschaft und Kunst bestimmten — so wird der social-

demokratische Staat auch die Kirche aus seinen Mitteln zu unterhalten und ihr das für sie Nothwendige zu gewähren haben. Unterließe er dies, so würde er die allerdringendsten Bedürfnisse eines großen Theiles seiner Bürgerschaft unbefriedigt lassen; dann aber dürfte er sich nicht rühmen, der Staat der Gerechtigkeit und Glückseligkeit zu sein, welcher er doch sein will. Gelingt es der Kirche nicht, unter sich zur Einheit zu gelangen, so hat der Zukunftsstaat einer jeden der Religionsgesellschaften, falls dieselben die oben geforderte Garantie bieten, mit gerechter und unparteiischer Hand ihre Existenzmittel zuzumessen und zuzuwägen. Er selbst als solcher hat keine Religion und kein Dogma und von dieser Seite her also kein Interesse an dieser oder an jener Religionsgesellschaft oder an den Religionsgesellschaften überhaupt; aber er hat das Interesse, kein reales Bedürfniß innerhalb seiner Bürgerschaft, wenn er selbst auch gar kein Verständniß für dasselbe hat, unbefriedigt zu sehen, und er hat die positive Aufgabe, für Befriedigung zu sorgen. Wir haben in dieser Hinsicht ein ernstes Wort zu sagen. Mißachtet der Zukunftsstaat irgend ein ernsthaftes Bedürfniß eines großen Theiles seiner Bürgerschaft, versagt er demselben aus dem Grunde, weil es sich nicht um das Interesse der Majorität handelt, die Mittel, so ist er nicht ein demokratischer Staat, so ist er nicht besser — in unseren Augen vielmehr schlimmer — als der bestehende Staat. Er ist dann kein demokratischer Staat, weil es im Wesen der Demokratie liegt, das Ganze des Demos in's Auge zu fassen und nicht nur die Majorität desselben; die Bedürfnisse der Minoritäten — wo dies angänglich ist — ebenso zu befriedigen, wie die der Majoritäten. Es ist dann kein demokratischer Staat, sondern er verfällt dem schlimmsten aller politischen Principien, der **ochlokratischen Tyrannis.** Ein solcher Zukunftsstaat wäre die Herrschaft des Ordinären. Daß er in jedem Falle nicht besser wäre, als der bestehende Staat, ist leicht zu zeigen. Was würde ein solches Verhalten des Zukunftsstaates Anderes sein, als Das, was die Socialdemokratie mit Recht an der Gesellschaftsordnung des bestehenden Staates so scharf rügt: **Ausbeutung** des einen Theiles der Gesellschaft durch den anderen? Der nicht religiöse Theil des Volkes würde den religiösen **ausbeuten,** indem er die Arbeitskraft desselben in Anspruch nimmt, um seine Interessen und Bedürfnisse zu befriedigen; die Forderung einer Gegenleistung aber zum Zweck der Befriedigung auch der Interessen und Bedürfnisse des religiösen Theiles des Volkes würde er mit Hohn abweisen. Diese Ausbeutung würde der nicht religiöse Theil des Volkes sich erlauben, weil er **stark** genug dazu ist, es zu thun. Was hätten wir also Anderes, als **Ausbeutung des Schwachen durch den Starken?** Ob der Starke durch Majorität stark ist, oder durch vererbte Vorrechte und Kapitalien: das kann doch keinen wesentlichen Unterschied machen.

Wir sind am Ende. Mit Freimuth und ohne Verhüllung, in deutlicher, deutscher Rede haben wir unsere von der Mehrzahl der Partei — wie es scheint — abweichenden Anschauungen über die empfindlichste aller Fragen dargelegt. Wollen die Genossen der Partei, wollen die Führer derselben es nicht verschmähen, dieselben einer vorurtheilslosen, ernsten Prüfung zu würdigen!

K.

Zur wirthschaftlichen Krisis.

III.

Z—. Zu den neuerdings erschienenen confusen Schriften über die wirthschaftliche Krisis fällt uns seines sonderbaren Titels wegen auf das Buch des Güterdirectors C. Diebl auf Schloß Lösch bei Brünn.*) Wie die meisten Leute, welche über die wirthschaftspolitische Lage schreiben, hat auch dieser Herr das Bewußtsein, daß das heutige System bedeutend zu wünschen übrig läßt, und daß etwas Neues in's Leben gerufen werden muß. Eine gründliche Einsicht aber geht ihm ab.

„Zwei Axiome", sagt er, „sind es vornehmlich, durch welche das moderne Wirthschaftsleben gegründet worden ist.

„Auf dem Felde der Oekonomik finden wir eines, es lautet: „Intensive Ausnützung von Kapital und Arbeit"; auf dem Felde der (Wirthschafts-) Politik das andere, es heißt: „Freiheit von Kapital und Arbeit".

„Zwei treffliche Axiome, geeignet, die höchste Wirkung in Entwickelung des Wirthschaftslebens zu üben, — soferne sie in der Anwendung mit einander in Einklang stehen. — Sie befinden sich aber in Conflict miteinander, weil Wirthschafts-Politik und Oekonomik nicht übereinstimmend organisirt sind; sie wirken einander entgegen; das eine vernichtet die Früchte des anderen."

Gewiß liegt in diesen Sätzen eine richtige Ahnung; aber auch nicht mehr; das zeigt die Ausführung derselben und das praktische Programm, wie es der Verfasser für die neue Partei der „Economisten" vorschlägt. In 52 Puncten enthält dieser Programm-Entwurf unter dem „obersten Princip": „Reform der gewerblichen Oekonomik und der politischen Oekonomie durch ihre gegenseitige Begründung und ethische Läuterung" ebenso viel möglichst unklare und sich widersprechende Sätze, aus denen jedoch soviel hervorgeht, daß die „Economisten" nicht im Entferntesten im Stande sind, die wirthschaftliche Krisis zu beseitigen, und ebenso wenig ernstlich daran denken, die Lage der arbeitenden Klassen zu heben.

Der einzige Punct des Programms, welcher ein weitergehendes Interesse erregen könnte, ist der letzte; unter der Ueberschrift: „Economistische Interessenpflege" wird hier nämlich Folgendes verlangt:

„Die Vertretung der wirthschaftspolitischen Interessen ist selbstständig in's Auge zu fassen und ihre Verquickung mit ethisch-politischen Fragen hintanzuhalten.

„Als specielle Organe zur volkswirthschaftlichen Interessenvertretung mit berathendem Einflusse sind zu begründen:

a) economistische Provinzkammern, sämmtliche Productionszweige sectionsweise repräsentirend;
b) eine aus sectionsweise gewählten Delegirten der Provinzkammern construirte economistische Reichskammer,

wenn nicht an Stelle der letzteren eine Arbeitstheilung im Parlament zwischen einer „politischen" und einer „wirthschaftlichen" Kammer in's Leben tritt."

Es ist nicht ersichtlich, was heute derartige wirthschaftliche Parlamente zur Verbesserung der wirthschaftlichen Lage wirken sollten und könnten. Da alle gesetzlichen Maßregeln doch wieder von den politischen Vertretungen beschlossen oder genehmigt werden müßten, so könnten jene Vertretungen nur eine berathende Thätigkeit entfalten. Wir können uns nicht denken, daß dabei unter den heutigen Verhältnissen viel Ersprießliches herauskäme. Wenn die politischen Vertretungen nur wollten, und wenn bessere und ausgedehntere Vertretungen aller Klassen existirten, würde die wirthschaftliche Lage sehr rasch gehoben werden können.

*) C. Diebl, Economisten. System einer Reform der gewerblichen Oekonomik und der politischen Oekonomie. Wien, Faeßy u. Frick, 1878. 53 S.

Noch weniger als die in der vorigen Schrift enthaltenen unfertigen Vorschläge können auf Bedeutung Anspruch erheben und als Mittel zur Hebung des wirthschaftlichen Nothstandes gelten die von dem Cabinetsrath a. D. Ad. Schimmelpfeng in einer übrigens unbedeutenden Broschüre entwickelten Ideen. *) Die von ihm vorgeschlagenen Corporationen erinnern lebhaft an die früheren Zünfte. Wir glauben nicht, daß von derartigen Organisationen der Arbeitgeber eine nützliche Thätigkeit in Bezug auf die Beseitigung der Wirthschaftskrisen u. s. w. zu erwarten ist — kommt es doch hauptsächlich darauf an, die Arbeiter consumfähiger zu machen, wozu solche Corporationen schwerlich die Hand bieten werden. Im Gegentheil ist zu befürchten, daß diese Vereinigungen ihre Hauptaufgabe bald in der Bekämpfung der Socialdemokratie finden würden, wie das Herr Schimmelpfeng auch dunkel andeutet, und so nur zur Verlängerung der gegenwärtigen unhaltbaren Zustände beitrügen.

Wir kommen nun zu den zahlreichen, hier nur summarisch zu behandelnden Schriften, welche in den Zöllen die Lösung des wirthschaftlichen Räthsels gefunden zu haben glauben. Daß wir ebensowohl Bücher für den Freihandel — und zwar besonders auch aus den Ländern, deren Industrie durch hohe Zölle „geschützt" ist — wie für den Schutzzoll, aus den Ländern, wo dies weniger der Fall ist, finden, muß von vornherein mißtrauisch machen und als Beweis dafür angesehen werden, daß die wirthschaftliche Krisis mit Schutzzoll und Freihandel nicht wesentlich zusammenhängt. Wir werden dies kurz untersuchen, ohne hier auf eine ausführliche Erörterung der Schutzzollfrage eingehen zu wollen.

Wir fragen: wird in irgend einem Falle der Ueberproduction und ihren schlimmen Folgen durch Schutzzölle entgegengewirkt, und sind eventuell Schutzzölle das beste Mittel, diese Entgegenwirkung herbeizuführen?

Erstere Frage darf bejaht, letztere muß entschieden verneint werden. — Die Abschaffung aller Zollschranken und der freie Verkehr der einzelnen Productionsländer mit einander hat ungefähr denselben Werth für die leichtere Herstellbarkeit der Producte wie die Erfindung arbeitersparender Maschinen. Um die Wirkungen sehr hoher Schutzzölle zu untersuchen, wollen wir daher einmal annehmen, eins der wichtigsten Hülfsmittel der Neuzeit, die Dampfmaschine, würde plötzlich unbrauchbar, etwa weil das auf der Erde vorhandene Brennmaterial verbraucht wäre. Was würde in Bezug auf die Ueberproduction die Folge sein? Würden, im Verhältniß zur geleisteten Arbeit, die Löhne der Arbeiter steigen, so daß also die dem Arbeiter zufallende Rate am Producte größer würde? — Wahrscheinlich träte dieser Fall ein. Da alle Producte sich beträchtlich vertheuerten, so würde zwar ein starker Ausfall an der Nachfrage sich herausstellen, indessen wäre auch das Angebot viel geringer, und da Jeder, der es kann, doch möglichst seinen standard of life zu erhalten suchen würde, so würden die kapitalistischen Klassen weniger sparen, es würde Nachfrage nach Arbeitern entstehen u. s. f. Das Resultat wäre die vollständige oder nahezu vollständige Consumtion alles Producirten. Das wäre eine Lösung der Ueberproductionsfrage, aber was für eine und auf wie lange! Denn abgesehen davon, daß wahrscheinlich bald wieder der frühere Zustand eintreten würde (die kapitalistischen Klassen würden gewiß bald wieder anfangen, anstatt ihr Einkommen zu verzehren oder den Arbeitern den gerechten Antheil davon zu geben, es in vermeintlich productiven Etablissements anzulegen), so käme die Maßregel allgemeiner hoher Schutzzölle doch nur darauf hinaus, daß die wohlhabenden Klassen ihr überflüssiges Einkommen lieber vernichteten, als daß sie es den „enterbten Brüdern" zum Mitgenuß überließen. Ob die Lage der letzteren sich bessern würde, ist durchaus fraglich, ja unwahrscheinlich. Denn wenn auch die Arbeiter hinreichend beschäftigt wären und eine höhere Quote der Arbeitsproducte erhielten, so würde doch die ungetheilte Summe der producirten Güter erheblich kleiner sein wie bisher.

Wir haben hier, um die reine Theorie hervortreten zu lassen, einen ganz extremen

*) Der Nothstand des deutschen Handels. Ein Beitrag zu seiner Beseitigung. Zwei Vorträge von W. und A. Schimmelpfeng. Berlin, Puttkammer und Mühlbrecht. 1878. 66 S.

Fall geschildert, wie er sich in der Praxis nie ereignen wird. Wie es in milderen Fällen aussieht, dafür giebt uns die tägliche Erfahrung Beispiele genug an die Hand. Wir haben nur nöthig, einen Blick auf die wirthschaftliche Lage der Schutzzollländer zu werfen. In Amerika z. B. ist dieselbe in vielen Bezirken eine überaus schlechte, und die Presse liefert Buch auf Buch, um die Unrichtigkeit der Schutzzolltheorie zu erweisen. Daß es in Frankreich besser aussieht — aber gut auf keinen Fall —, ist wohl hauptsächlich dem letzten Kriege zuzuschreiben. Die colossalen Kriegskosten verzehrten die in den Kassen der Kapitalisten überflüssig liegenden Gelder zu einem gewissen Theil und vermehrten, soweit sie in's Ausland flossen, dort die Ueberproduction. Das dem Laien so schwer begreifliche Factum, daß sich Deutschland trotz seiner Kriegsentschädigung von 5 Milliarden wirthschaftlich so viel schlechter befindet, wie Frankreich, erklärt sich nach unserer Theorie vollkommen.

Wenn die Sätze, daß die Ueberproduction durch Schutzzölle verzögert wird, daß aber die Arbeiter aus den angegebenen Gründen sich doch bei Schutzzöllen nicht besser stehen, im Allgemeinen richtig sind, und entschieden verneint werden muß, daß die Schutzzölle das geeignetste Mittel zur Beseitigung der Ueberproduction ist, dies vielmehr nur in der Ausgleichung der Einkommen gesucht werden darf, so ist damit das Verhalten der Socialdemokratie zu den schutzzöllnerischen Bestrebungen unseres Erachtens vorgeschrieben. Indessen mag es doch Fälle in der praktischen Politik geben, wo ein Eintreten für Schutzzölle unter Umständen räthlich erscheint. Ein ganz bestimmter und kaum bestreitbarer Fall dieser Art liegt vor, wenn das Ausland dadurch das Inland niederconcurrirt, daß es die Arbeiter schlechter entlohnt, daß es Frauen- und Kinderarbeit in höherem Maße exploitirt, überhaupt eine zurückgebliebene Fabrik- und Gewerbegesetzgebung hat. Hier spricht sowohl das moralische Bedenken, aus der größeren Ausbeutung der Arbeiter in anderen Ländern Nutzen ziehen zu wollen, als die Absicht, auf diese Länder einen Druck auszuüben, damit sie ihre Gesetzgebung verbessern, für die Errichtung richtig abgemessener Schutzzölle, die natürlich wegfallen müßten, sobald die betr. Länder ihre Arbeitergesetze auf die gleiche Höhe mit dem Inlande gebracht hätten. Erhebliche praktische Schwierigkeiten würde eine derartige Zollpolitik nicht haben; die importirten Waaren würden je nach ihrem Ursprungsort, welcher unschwer festgestellt werden kann, verschieden besteuert werden müssen. Vernünftiger freilich und einfacher, als eine solche Retorsionspolitik zu treiben, würden die verschieden Länder handeln, wenn sie gleichzeitig internationale Vereinbarungen in Bezug auf die Arbeits-Gesetzgebung treffen würden. Solche Gesetze gegen die Unterdrückung und Ausbeutung der arbeitenden Klassen in internationaler Weise herbeizuführen, würde gewiß nicht mehr Schwierigkeiten bereiten, als internationale Gesetze gegen die Socialdemokratie. Mit jenen aber könnte man einen Anfang dazu machen, die internationalen Krisen zu beseitigen.

Recensionen.

Dr. Karl Bücher. Die gewerbliche Bildungsfrage und der industrielle Rückgang. (Eisenach, Bacmeister, 1877. 66 S.)

Derf. Lehrlingsfrage und gewerbliche Bildung in Frankreich. (Eisenach, Bacmeister, 1878. 42 S.)

Es ist in diesen Blättern gelegentlich einer Besprechung (S. 271) schon einmal darauf aufmerksam gemacht worden, welche Bedeutung für eine geordnete und nach bestmöglicher Art betriebene Production, wie sie der Socialismus anstrebt, die gewerblichen Fachschulen und praktischen Lehranstalten haben. In der That kann gegenüber den bekannten Befürchtungen, der Socialismus werde nichts weiter erreichen, als das jetzt bestehende partielle Elend zu einem allgemeinen zu machen, weil eben der Menschheit, speciell aber

dem „seiner Natur nach armen Deutschland" immer nur eine beschränkte Summe Producte zur Verfügung stehen werde, — diesen Klagen gegenüber kann (abgesehen von anderen Einwänden) nicht genug darauf hingewiesen werden, daß es das laisser faire, laisser aller in seinen verschiedenen Formen ist, welches die Gesammtsumme der Producte und deren qualitative Beschaffenheit zu einer so geringen macht, während eine Regelung der Production und zweckmäßige Leitung derselben eine außerordentliche Vermehrung und Verbesserung der Erzeugnisse herbeiführen müßte. Von großer Bedeutung wird hierbei sein die gehörige Vorbereitung eines Jeden auf seinen Beruf, die zweckmäßigste Ausbildung in theoretischer und praktischer Hinsicht, natürlich unter Wahrung der sonstigen Interessen des Individuums. Es ist bekannt, wie sehr die Zustände in dieser Beziehung noch im Argen liegen. Nicht allein läßt der Volksschulunterricht sowohl quantitativ wie qualitativ noch bedenklich viel zu wünschen übrig (obgleich wir in Bezug auf allgemeine Volksbildung immerhin in Deutschland anderen Ländern voran sind), als auch ist die auf die Volksschule folgende Ausbildung, besonders die gewerbliche, eine überaus unzureichende.

Herr Dr. Bücher, dessen Feder wir bereits eine treffliche Schrift über die römischen Sclaven-Aufstände verdanken, behandelt diese gewerbliche Bildungsfrage in den obigen beiden Broschüren in anregender Weise und eindringlicher Sprache, und zwar mit ebenso großer praktischer Einsicht als Kenntniß der einschlägigen Literatur und der bereits gemachten Versuche.

Von vornherein ist sich der Verfasser zwar bewußt, daß die schlechte Qualität der deutschen Arbeitsproducte, die man seit den Briefen des Herrn Reuleaux von der Weltausstellung in Philadelphia für die drückende industrielle Lage mehr oder minder verantwortlich machte, mit der gegenwärtigen Krisis, die ja alle Culturländer betroffen hat, nicht in wesentlichem Zusammenhang steht; ebenso wenig aber könne geleugnet werden, daß der Erfolg unserer Industrie auf dem Weltmarkte wesentlich von der Güte ihrer Leistungen abhänge. Die Ursachen des Rückgangs der gewerblichen Arbeitsgeschicklichkeit findet Dr. Bücher einestheils darin, daß die modernen Formen des Gewerbebetriebs das persönliche Band, welches ehemals Producenten und Consumenten verknüpfte, zerrissen oder gelockert haben, und damit das Gefühl der Verantwortlichkeit für die einzelnen Arbeitsleistungen stark erschüttert sei; ein weiterer Theil der Schuld sei der freien Concurrenz zuzuschreiben, „welche die productive Thätigkeit zum Geschäfte macht, das in erster Linie den persönlichen Vortheil verfolgt", während der früheren Gewerbeverfassung die Idee des Berufes, der zum allgemeinen Besten betrieben wird, zu Grunde lag; endlich: die gegenwärtige Gewerbe-Organisation mache eine allseitige, den Zeitanforderungen genügende Ausbildung des Arbeiters auf dem herkömmlichen Wege in den meisten Fällen unmöglich. — Diese drei Puncte, von denen der letzte dem Verfasser mit Recht als die wichtigste Ursache des Rückgangs der gewerblichen Leistungen erscheint, werden nun näher erörtert, und es ergeben sich für die Lösung der gewerblichen Bildungsfrage zwei Sätze:

„Der Gewerbetreibende bedarf einer bedeutend höheren allgemeinen Bildung, als er sie gegenwärtig durch die Volksschule erlangen kann.

„Eine gründliche Fachbildung ist bei Festhaltung der seitherigen Form des Lehrlingswesens innerhalb der Werkstätte nicht zu erzielen. Es ist eine Form der gewerblichen Ausbildung zu suchen, welche ohne Preisgebung der productiven Zwecke den Unterricht zur Hauptsache macht und damit eine genügende Fachbildung ermöglicht."

Dr. Bücher verlangt daher in erster Linie eine gründliche Reform der Volksschule. Das ganze Fortbildungsschulwesen sei nichts weiter als das unerfreuliche Eingeständniß, daß in unseren Volksschulen nicht einmal das im bürgerlichen Leben auch für den Allergeringsten unbedingt erforderliche Maß von Elementarkenntnissen erworben wird. Sobald die Berufsbildung beginne, müsse die ihr zur Grundlage dienende allgemeine Bildung abgeschlossen sein. Diese Grundlage solle Jeder erwerben in einer zeitgemäß eingerichteten Volksschule für alle Stände: das fordern politische, sociale wie pädagogische Gründe. An die Volksschulen haben sich dann die Fachschulen anzuschließen, welche allerdings, da sie nur eine einseitige theoretische Ausbildung

ermöglichen, nicht auf allen Gebieten des Gewerbelebens die Werkstattlehre ersetzen können; für die meisten Gegenden und Gewerbszweige empfiehlt daher Bücher ein anderes System: die Lehrwerkstätten. „Die Lehrwerkstätte", sagt er, „ist die gewerbliche Bildungsanstalt der Zukunft; sie vereinigt in sich alle Vortheile des alten Systems mit den gesteigerten Anforderungen des modernen Wirthschaftslebens. In ihr ist es von vornherein möglich, durch stete Unterweisung mit und an der Arbeit selbst das höchste Maß von Handfertigkeit und körperlicher Gewandtheit zu erzielen, Sorgfalt und Exactheit der Arbeit, Zweckmäßigkeit der Ausführung und Schönheit der Form dem Lehrling zur zweiten Natur werden zu lassen, wo eine theoretische Unterweisung nöthig ist, dieselbe in stetem Zusammenhang mit der praktischen Anwendung zu ertheilen, kurz, allseitig tüchtige und selbstständige Arbeiter zu erzielen, die in der Verwerthung ihrer Kräfte sich nicht mit dem üblichen Minimum des Tageslohns zu begnügen brauchen, sondern einen ihrer Geschicklichkeit entsprechenden Theil des Arbeitsertrags beanspruchen können."

In einer zweiten sich anschließenden Schrift macht uns Herr Dr. Bücher mit den Versuchen bekannt, die man neuerdings in Frankreich, wo man besser wie bei uns die Mängel des alten Lehrsystems einzusehen scheint, mit den Lehrwerkstätten gemacht hat. Von besonderer Wichtigkeit ist eine vor mehreren Jahren zu Paris, in der Arbeiter-Vorstadt La Vilette, hauptsächlich aus communalen Mitteln gegründete Lehrlingsschule, welche Schüler in verschiedenen Branchen der Eisen- und Holzindustrie heranbildet. Sehr instructiv ist die nähere Beschreibung der Einrichtung dieser Anstalt; so z. B. erwecken die Maßregeln, die man getroffen hat, damit jeder Schüler in dem für ihn geeignetsten Fach sich ausbilde, unser lebhaftes Interesse. „Das erste Jahr", so wird uns erzählt, „ist als eine Art Probejahr anzusehen. Während desselben hat der Schüler alle in der Schule gelehrten Specialitäten durchzumachen, indem er für jede zwei Monate verwendet. Diese Einrichtung soll ihn in den Stand setzen, aus eigener, hinreichend genauer Anschauung für ein besonderes Fach sich zu entscheiden und der Direction es möglich machen, ein Urtheil über seine Fähigkeiten zu gewinnen. Erst mit dem Beginn des zweiten Jahres wendet sich der Lehrschüler nach Genehmigung seiner Eltern und der Schuldirection demjenigen speciellen Fach zu, das er erwählt hat, und widmet demselben von da an zwei Jahre lang ausschließlich seine Kräfte."

Die Einführung von Lehrwerkstätten, über deren detaillirte Gestaltung noch gestritten werden mag und Erfahrungen gemacht werden müssen, könnte für unsere ganze sociale und gewerbliche Organisation von großer Bedeutung werden. In gewissem Sinne könnten sie (besonders im Zusammenhang mit den Gewerkschaften betrachtet) den Anfang zu einer rationellen „Organisation der Arbeit" bilden. Bei der jetzigen Zusammensetzung unserer Parlamente und Stadtverordneten-Collegien haben freilich solche neuartigen Reformen, deren Nutzen zwar sicher die dafür zu machenden Ausgaben deckt, aber doch nicht ziffermäßig vorher festgestellt zu werden vermag, wenig Aussicht auf Verwirklichung. Herrn Dr. Bücher gehört jedenfalls das Verdienst, auf diese Dinge eindringlich aufmerksam gemacht zu haben, und seine beiden Broschüren sind Allen zu empfehlen, denen eine Reformation der Gesellschaft ernstlich am Herzen liegt. H.

Emile Acollas. Philosophie de la Science politique et commentaires de la Déclaration des droits de l'homme de 1793. (Paris, Marescq, 1878. 524 S.)

Emile Acollas, Verfasser einer großen Anzahl rechtswissenschaftlicher Werke und philosophisch-juristischer Studien über das Recht der Schwachen und die Autonomie der menschlichen Person, genießt einen wohlverdienten europäischen Ruf. Wir haben deshalb nicht nöthig, ihn unseren Lesern erst vorzustellen. Sein neuestes bemerkenswerthes Werk haben wir mit Aufmerksamkeit gelesen und können nichts als Lobendes darüber berichten. Der Verfasser besitzt große Gelehrsamkeit, seine Beobachtungen zeugen von Tiefe, und nie hört er auf, einfach und klar zu sein. Jeder, der sein Buch aufschlägt,

wird ohne Anstrengung die schwierigsten Probleme der Rechtsphilosophie verstehen. Zu gleicher Zeit ein Forscher zu sein und die Forschungen allgemein verständlich darzulegen, ist ein großes und seltenes Verdienst, und Herr Acollas besitzt es.

Der Verfasser der „Philosophie der politischen Wissenschaft" stellt als obersten Grundsatz auf die Selbstbestimmung der menschlichen Person.

„Die sociale Monade ist das Individuum, aber in dem Maße, wie die Menschheit fortschreitet, fühlen alle Individuen, welche dieselben ausmachen, sich mehr miteinander verbunden, und gleichzeitig fühlt sich Jeder, vermöge eines bewundernswerthen socialen Gesetzes, als Mensch seines Willens und seines Rechts." . . . .

„Den veralteten Theorien des socialen Rechts will ich entgegensetzen die einzige Theorie, welche jung und neu ist; ich will das Recht verkünden, welches der Anfang und das Ende ist, welcher alle politische Wissenschaft und das ganze Geheimniß unserer Bestimmungen einschließt, ich werde das Recht der Selbstbestimmung der menschlichen Persönlichkeit darlegen."

Das ist schön gesagt; doch glauben wir, daß der Ausdruck den Gedanken überflügelt. Wir geben zu, daß die große Unterdrückung in der Vergangenheit aus einer übertriebenen Auffassung des socialen Rechts gegen das individuelle herrührt, daß die Socialisten, wenn sie ihrer historischen Mission würdig werden wollen, kein anderes sociales Recht anerkennen dürfen, als dasjenige, welches die Zusammenfassung aller individuellen Rechte sein würde, daß endlich die Vorkämpfer des Socialismus sich zu ausschließlich mit der Solidarität und nicht genug mit der Freiheit beschäftigt haben; aber im Gegensatz zum Verfasser der „Philosophie der politischen Wissenschaft" glauben wir nicht, daß die thatsächliche Anerkennung des individuellen Rechts nothwendigerweise die Erzeugerin der wirthschaftlichen Gerechtigkeit sein würde. Gegenwärtig haben wir zwei Feinde vor uns: die unterdrückende Autorität der politischen Staaten und die aufgehäuften Ungerechtigkeiten des Rechtes des Stärkeren, wie sie die individualistische Gesellschaft zum Gesetz erhoben hat. Vermittelst der Autonomie der menschlichen Persönlichkeit werden wir die Autorität besiegen, aber durchaus nicht die herrschenden socialen Ungerechtigkeiten. Um zur wirthschaftlichen Gerechtigkeit zu gelangen, bedarf es einer Reihe von Maßregeln, die, auch wo sie sich in der wirthschaftlichen Sphäre zu bewegen haben werden, immer eingegeben sein müssen von den Interessen der großen Menge, der Ausgebeuteten, gegen die augenblicklichen, wenn man will, schlecht verstandenen, Interessen einer kleinen Anzahl Leute, der Privilegirten. Das ist fast die einzige Einwendung, die wir der „Philosophie der politischen Wissenschaft" gegenüber zu machen haben.

In allen Fragen ist Emile Acollas ein Philosoph der Zukunft. Er beginnt mit der Erklärung, die Gottes-Idee sei antiwissenschaftlich, sei die Bekräftigung einer willkürlichen Ordnung, während die Wissenschaft die Bekräftigung einer nothwendigen Ordnung sei.

„Die Wissenschaft", sagt er der Hauptsache nach, „hat erst Gott und die Erde und dann den Menschen entthront. Sie hat gezeigt, daß in der Natur die Einheit der Substanz und die Continuität in der Zusammensetzung besteht, d. h. 1) daß alle Wesen ihren gemeinschaftlichen Grund (fond) haben, und daß sich unter ihren verschiedenen Eigenschaften derselbe Stoff befindet; 2) daß der Zusammenhang des einen Reichs mit dem anderen nicht unterbrochen wird, daß die verschiedenen organisirten Wesen eine ununterbrochene Reihe bilden, eine Leiter, in der Jeder seine Stufe einnimmt, und daß es unter ihnen keinen Unterschied giebt als die Art und Weise der Reihenfolge. In dieser Reihe nimmt der Mensch die erste Stelle ein, aber er ist kein Wesen für sich. Daraus ergiebt sich, daß die politische Wissenschaft an die Physiologie des Menschen anknüpft und nur ein Kapitel der Naturgeschichte ist."

Von da ausgehend, stellt Emile Acollas den Satz auf, daß sich die politische Wissenschaft aus drei Theilen zusammensetzt:

der Moral, nämlich der Wissenschaft der Rechte und Pflichten des Menschen, die das Princip aufstellt: sei frei, achte die Freiheit der Anderen, liebe die Anderen,

der politischen Oekonomie*),

dem Recht.

*) Unser Autor zieht das Wort politisch dem Worte social vor, welch' letzteres er verwirft und bekämpft. Das ist eine persönliche

Die politische Oekonomie und das Recht erscheinen uns hier nur als Nebendinge, und die moralische Theorie, wie sie Emile Acollas auffaßt, scheint uns das Ganze der menschlichen Beziehungen vollständig zu umfassen.

Nachdem unser Autor alle alten Religionen verworfen hat, bekämpft er lebhaft die autoritäre Familie und geißelt die Inconsequenz gewisser Socialisten (u. A. Proudhon's), welche der Hälfte der Menschheit das menschliche Recht verweigert und gemeint haben, man könne eine gleiche und freie Gesellschaft verwirklichen, wenn man die Praxis der Monarchie in der Familie aufrecht erhält.

Wir können dem Autor auf die verschiedenen Gebiete, die er mit dem ihm eigenen Sachverständniß behandelt, nicht folgen — bürgerliches Recht, Strafrecht, politisches Recht, internationales Recht —, auch nicht ihn begleiten bei seinem bemerkenswerthen Commentar zu der „Erklärung der Menschenrechte". Um diese verschiedenen Kapitel zu analysiren, bedürften wir mehr Raum, als uns hier gestattet ist. Wir wollen nur bemerken, daß Emile Acollas in den verschiedenen von ihm behandelten Fragen consequent die von ihm aufgestellten Principien innehält. So drückt er sich z. B. in Betreff der Regierung folgendermaßen aus:

„Im Maße als man vorschreiten wird, wird man mehr und mehr den Regierungs-Mechanismus auf seine wahre Rolle, die einer einfachen Agentur, zurückführen; demgemäß wird die Zahl der öffentlichen Aemter beträchtlich vermindert werden, und diese Aemter selbst werden aufhören, bequeme Stellen für eine Menge von Leuten zu sein, die, anstatt selbst für sich zu sorgen, nichts weiter thun, als die Gesellschaft mit dieser Sorge zu belasten.

„Es wird dann am Sitz der Centralstelle vier große Commissariate geben: das des öffentlichen Unterrichts, das der nationalen Arbeit, das der Finanzen, das der internationalen Beziehungen. Und weiter keins.

„Die Präfecten werden von den Departements ernannt, die Unterpräfecturen aufgehoben werden! Was wird aus Euch werden, deklassirte Jünglinge der Bourgeoisie? Ihr werdet Menschen werden, anstatt unnütze, oft verkehrte Geschöpfe zu sein, Ihr werdet arbeiten!"

Besonders werden sich aber unsere Leser für die ökonomische Theorie interessiren, die der Verfasser der „Philosophie der politischen Wissenschaft" aufstellt. Diese Theorie ist vollkommen socialistisch. (Herr Acollas möge es nicht übel nehmen — das Wort politisch würde hier nicht genügen.) Seltsam! nachdem er den Collectivismus unwillig als nebelhaft qualificirt hat, kommt unser Autor schließlich, volens nolens, zu einer collectivistischen Auffassung. Man urtheile selbst:

„Wir Männer dieses Jahrhunderts," sagt er, „wir schwanken noch zwischen der antiken Gewalt und der Idee des Rechts; wir haben dem Eigenthum noch nicht seine wahre Quelle, die Arbeit, zu Grunde legen können, und wir acceptiren das Lohnsystem, diesen Bastard der Sclaverei und der Freiheit, diesen alten Ueberrest der Unterordnung des Menschen unter den Menschen! Wir können lange auf unsere Mauern die Freiheit und Gleichheit eingraben, wir werden weder die eine noch die andere im Gemeinwesen verwirklichen, so lange wir nicht das Recht Aller auf das Eigenthum verwirklicht haben werden."

Wie könnte man Allen das Recht auf Eigenthum garantiren, ohne Allen dieselben Mittel zur Entwickelung und Thätigkeit zuzugestehen? Uebrigens entzieht sich unser Autor in keiner Weise den Consequenzen der Principien, die er aufstellt.

Hier folgt, aus verschiedenen Stellen der „Philosophie der politischen Wissenschaft" zusammengezogen, die Lösung, die er in der wirthschaftlichen Frage vorschlägt:

Production der Güter.

„Das erste Gesetz der Production besteht darin, daß Jeder nach seinen Fähigkeiten producirt.

„Dieses vorausgesetzt, löst sich das ökonomische Problem in der speciellen Ordnung der Production gewissermaßen ganz allein, und man sieht unmittelbar, daß dieses Problem darin besteht, daß Jeder in die Lage gesetzt werde, diesem Grundgesetz zu gehorchen und nach seinen Fähigkeiten zu produciren.

„Was wäre nöthig, damit es so sei?

„Welches würden die nothwendigen Vorbedingungen sein, damit Jeder so producire, wie er vermag und wie er soll?

Vorliebe, deren Grund und Nutzen wir nicht einsehen, — das Wort social ist besser und sagt mehr als das Wort politisch.

„Hier sind wir gezwungen, näher zu untersuchen; beginnen wir mit der unkörperlichen Production, so finden wir, daß zu derselben der Mensch drei Dinge nöthig hat:

1) die Erziehung und berufsmäßige Ausbildung;
2) das Handwerkszeug;
3) den nothwendigen Vorsprung, um das Resultat der Production abwarten zu können.

„Was die körperliche Production betrifft, so ist noch ein vierter Punct hinzuzufügen, damit die Aufzählung vollkommen sei; es bedarf Derjenige, der ein Werk der stofflichen Production verrichten will, noch ein Object, auf welches seine Anstrengung sich richten könne, d. h. er bedarf Rohstoffe.

„Die Vereinigung dieser verschiedenen Elemente bildet das Arbeitsmittel im weitesten Sinne.

„Es giebt noch eine zweite Bedingung, damit das Individuum alles Das producire, was es zu produciren fähig ist; es muß Jeder seine Fähigkeiten in dem Arbeitszweig entwickeln können, der für ihn am geeignetsten ist. Daraus folgt, daß die Vertheilung der Arbeit unter die Individuen, um naturgemäß zu sein, mit den Fähigkeiten eines Jeden harmoniren muß.

Verzehrung der Güter.

„Jeder darf nur Das consumiren, was er braucht, um seine Fähigkeiten zu entwickeln und zu erhalten; Jeder muß Alles verzehren, was er zu diesem Zwecke nöthig hat.

Vertheilung der Güter.

„Jedem nach seinen Werken! das ist der Grundsatz der Gerechtigkeit.

Schluß.

„Jeder muß nach seinen Fähigkeiten produciren, um nach seinen Bedürfnissen zu consumiren und nach seinen Werken zu erhalten.

„Mit anderen Worten, die sociale Ordnung sei eine solche, daß Jeder körperlich und dadurch geistig und moralisch Besitz habe; Jeder muß die aufgehäufte Arbeitsmenge erhalten können, ohne welche die Production unmöglich ist; Jeder muß das Recht und die Pflicht, zu arbeiten, haben, und die Mittel, denselben Genüge zu leisten."

Allerdings beeilt sich Emile Acollas, hinzuzufügen:

„Wenn ich diese Formel als die Zusammenfassung dreier moralischer Gesetze bezeichne, so verstehe man mich wohl: was ich erstrebe, ist, daß sie auf dem Wege der Ueberzeugung sich Bahn brechen und herrschen soll, und daß sie sich nur an die aufgeklärte Intelligenz und das freie Gewissen der Individuen richte, die sie schließlich erobern wird."

Diese Einschränkung hat keine große Bedeutung, und für jeden Denkenden ist es klar, daß das ökonomische Ideal des hervorragenden Rechtsgelehrten nur in einer Gesellschaft verwirklicht werden kann, wo die Rohstoffe und die Arbeitsmittel Allen zur Verfügung stehen werden, und wo die vollkommene Entwickelung seiner Fähigkeiten jedem menschlichen Wesen gewährleistet sein wird. Dahin aber wird man durch die Belobung und Erhaltung der gegenwärtigen Formen des Eigenthums nicht gelangen.

Das sind die hauptsächlichsten Ideen in dem Buche Acollas'! Die Socialisten können sich nur freuen über die wirksame Unterstützung, die ihnen Werke von diesem Werthe zubringen.

B. M.

Ubaldo R. Quinones, Teoria revolucionaria precedida de la Biografia de Maximiliano Robespierre. (Madrid, bei dem Verfasser: 19, rue Jardines. 1877.)

Derf., La educacion moral de la mujer. (Madrid, Alvarez Hermanos, impresores, 1877. 246 S.)

Dies sind die Titel zweier neuer interessanter Bücher von dem Verfasser der „Religion de la Ciencia".

In dem, was Politik und sociale Oekonomie betrifft, ist der Professor Quinones ganz auf der Seite der Männer der Zukunft, der Socialisten, und zwar gehört er der föderalistisch-collectivistischen Richtung an.

Aber merkwürdiger Weise hält dieser hervorragende spanische Schriftsteller in vielen Beziehungen an der Vergangenheit fest. So hat er die Idee des persönlichen Gottes beibehalten, und seine Art, die Familie aufzufassen, unterscheidet sich wenig von der des Katholicismus.

Seine teoria revolucionaria, welche sich an einen speciellen Gegenstand hält, ist einheitlicher in der Auffassung. Es ist wahr, daß Quinones in dem ersten Theil des Buches Robespierre's Lob verkündet, und daß er sich im zweiten einen Föderalisten nennt, aber er lobt Robespierre mehr, weil er die mächtigste Personification der Revolution gewesen wäre, als wegen seiner vorgegebenen politischen Unfehlbarkeit.

„Maximilian Robespierre", sagt er, indem er seine Fehler aufzählt, sein Temperament und seinen Charakter schildert, „wird, von welchem Gesichtspunct aus man ihn betrachte, immer die Personification der Revolution sein durch seine bürgerlichen Tugenden, die ungerechten Verdächtigungen, die er über sich ergehen lassen mußte, sein gereiztes Temperament, seinen Enthusiasmus für die Freiheit, seinen erhabenen Geist und seine Seelengröße. . . . Er wird immer die Verkörperung dieses großen Heldengedichtes der Freiheit sein, das sich zusammensetzt aus feudaler Barbarei, politischem Enthusiasmus und der erwachenden, in gigantischem schrecklichem Kampfe gegen das ancien régime begriffenen Civilisation."

Wir sehen diese Dinge anders an und glauben, daß es eine Verkleinerung dieser großen Revolution ist, für welche die Condorcet, Vergnaud, Danton, Lepelletier-Saint-Fargeau, Mme. Roland, St. Just, Chaumette, Anacharsis-Cloots, Hoche, Desaix, Kléber kämpften und starben, wenn man sie geistig in diesem gläubigen und beschränkten Advocaten aus der Provinz und seinen engen und unduldsamen Ueberzeugungen personificirt. Aber wir bemerken, daß Quinones durch Robespierre die Revolution ebensowohl in ihren Fehlern als in ihrem höchsten Aufschwung repräsentiren will.

In begeisterten Ausdrücken und glänzender Sprache schildert der Verfasser weiterhin die von ihm erwartete europäische föderale Republik und malt deren Consequenzen aus, „die jeden Menschen zum König und aus der menschlichen Gesellschaft eine Versammlung von Königen machen wird."

An den heutigen Staat stellt Professor Quinones, was die rein politische Ordnung betrifft, folgende Forderungen: das imperative Mandat, die allgemeine Abstimmung in Permanenz, wirkliche Verantwortlichkeit der öffentlichen Beamten.

Von der „moralischen Erziehung der Frau" ist weniger Gutes zu berichten. Gewiß ist der Verfasser von Zärtlichkeit und Achtung für die Frauen erfüllt. Er verwirft die Ungleichheiten, denen sie unterworfen sind und möchte ihnen alle höheren und gewerblichen Laufbahnen eröffnen; aber seine christliche Art, die Ehe zu verstehen, die ihn selbst die Scheidung verwerfen läßt, steht unserer Meinung nach einer wirklichen Verbesserung des Schicksals der Frauen entgegen. In Summa glauben wir, daß die guten Absichten des Verfassers durch seine veralteten Anschauungen neutralisirt werden. Wenigstens ist Herr Quinones keiner jener starken Geister, welche mit dem schwachen Geschlecht von oben herab sprechen. Sein Buch schließt folgendermaßen:

„Euere hohe Sendung, o Frauen, ist die, der Gesellschaft rechtschaffene Söhne zu geben, laßt Andere darnach streben, die Welt zu erobern, wenn ihr sie nur durch die Verbreitung eines, ganz besonders Euch eigenen, moralischen Gefühls erhalten könnt. Ich hege eine doppelte Furcht bei Beendigung dieser schwachen und bescheidenen Arbeit: mein Unvermögen und die Furcht, nicht verstanden zu werden; aber die achtungsvolle Zärtlichkeit und die große Verehrung, welche ich für die Frauen hege, werden mir zur Entschuldigung dienen."

B. M.

Für die Redaction verantwortlich: Fr. Mille in Berlin.